

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

„Die Herzkammer der SPD erobert“ Nachbetrachtung zur NRW-Wahl vom 14. Mai



Der obige Freudenruf des CDU-Generalsekretärs Tauber brachte es am Wahlabend aus Sicht des Gewinners auf den Punkt. Der Sturz der SPD und ihrer NRW-Führung ist beträchtlich. Ihren 7,6 Prozentpunkten Verlust stehen zugleich plus 6,7 Prozent Gewinn der CDU gegenüber. Sie kam auf 33 % und 66 Mandate. Die SPD nur noch auf 31,5 % und 63 Sitze. Die Verhältnisse umgedreht. Und der Trend von Saarland und Schleswig-Holstein voll bestätigt. Aufwind in gerader Linie für Kanzlerin Merkel. Gleich zwei Ministerpräsidenten und Länderführungen hat die SPD eingebüßt. Das muss mehr als schmerzen. Noch vor 20 Uhr abends zog Hannelore Kraft die direkten Konsequenzen: Übernahme der persönlichen wie politischen Verantwortung für das Debakel, Rücktritt von allen

Parteiämtern. Gerade sie, die als enge Vertraute des westrheinischen Grenzlandwestfalen Martin Schulz gilt. Da ist mehr als nur ein inneres Beben in den nächsten Tagen und Wochen bei den Sozialdemokraten angesagt.

Der auf unkonkrete NRW-Gefühl Stimmung setzende SPD-Wahlkampf von Kraft, unter bewusstem Ausschluss der Bundesthematik, hat bei dem (der) WechselwählerIn offenbar nicht wie gehofft gezogen. Auch
Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Nachbetrachtung zur NRW-Wahl vom 14. Mai	1
In eigener Sache, Impressum	2
Frühjahrstagung München 2017	6
Oktoberrevolution und Sowjetunion	8
Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika	15
Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen	21
Rezension: Kernthemen aktueller Kritischer Ökonomie	31
Filmbesprechung: Der Traum der Revolution	32
Nachruf auf Theodor Bergmann	33

In eigener Sache

In einer widrigen Zeit kommt es mehr denn je auf Beständigkeit und Durchhaltevermögen an. Nur so bleibt die Chance, dass aus Kleinem in ferner Zukunft wieder etwas Größeres entstehen kann. Unter diesem Motto stand wieder das Frühjahrsseminar der Gruppe Arbeiterstimme und der Gruppe International Dorfen. Wir berichten darüber und gehen auf die Referate ein, die wir in dieser Nummer abdrucken.

Seit Jahrzehnten, seit dem Ende des sogenannten „Kalten Krieges“ (der nur zu oft ein heißer Krieg war, wie in Korea), war die internationale Lage und auch die europäische Befindlichkeit nicht so gefahrenschwanger und unberechenbar wie gegenwärtig. Manches, was bisher als unumstößlich galt, wie das Verhältnis der USA zu den europäischen Mächten, ist fragwürdig geworden durch den ultrarechten und schwankenden Kurs der Trump-Regierung. Die anhaltenden Systemkrisen des Kapitalismus bringen das Gefüge der Europäischen Union in Erschütterung und bedrohen auch die Dominanz der deutschen Vorherrschaft. Wir haben in den letzten Nummern darüber geschrieben.

Die Auswirkungen der weltweiten Instabilität, zusammen mit der terroristischen Gefährdungslage, scheinen sich in der deutschen Innenpolitik, auch in Hinsicht auf die Bundestagswahl, für die amtierende Bundeskanzlerin und somit für die CDU/CSU günstig zu entwickeln. Mehr denn je ist die angebliche „Macherin“ gefragt. Hinzu kommt Merkels Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik, der Purzelbaum von der

„Willkommensphrase“ zur strikten und unmenschlichen Abschreckungspolitik, die auch die AfD klein halten soll. Zunehmende Terroranschläge verstärken den Ruf nach einer „starken Hand“, was traditionell die Rechtsparteien stärkt

Bei allen länderspezifischen Besonderheiten, die diesmal eine Rolle spielten, waren die drei Landtagswahlen von der veränderten politischen Gesamtlage mit beeinflusst. In dieser Situation findet die Parole „Keine Experimente!“ bei manchen Wählern wieder Gehör, was auf Kosten der linken Parteien geht. Das Wahlergebnis in NRW mit der verheerenden Niederlage der SPD und ihrem angeblichen Wunderknaben Schulz kann durchaus als Vorspiel zur Bundestagswahl gelten.

In den meisten anderen Staaten Europas ist durch die anhaltende Finanzkrise und die sonstigen Turbulenzen bereits der politische Überbau ins Wanken geraten. Die Bourgeoisie schafft sich eben die für sie günstigen Wahl- und Parteienstrukturen neu, wenn die alten in ihrem Sinne versagen. Mit einem Artikel analysieren wir die NRW-Wahlen in diesem Heft.

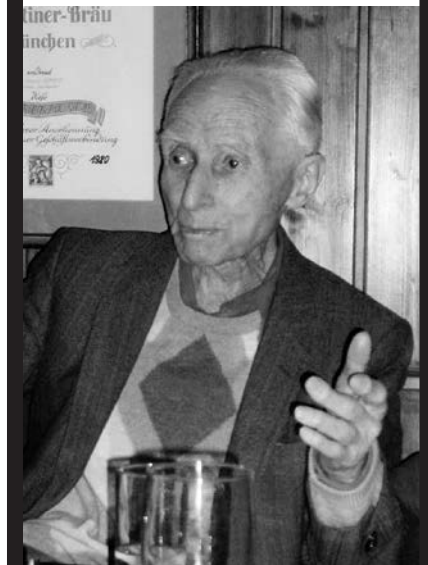
Ferner veröffentlichen wir Beiträge zur geschichtlichen Aufarbeitung des Werdegangs und Niedergangs der Sowjetunion: 100 Jahre Oktoberrevolution, deren Auswirkungen in Lateinamerika und als Diskussionsbeitrag: Staat, Nation – Lenins Erben.

Außerdem bringen wir eine Filmkritik. Eine Rezension hat das Thema „kritische Ökonomie“.

Achtung: Aus technischen Gründen konnten wir nicht, wie gewohnt, in der März-Ausgabe die Zahlscheine für das Jahresabo und für Spenden beilegen. Wir holen dies hiermit nach und appellieren an den Beistand der Leser.

Für die trotzdem eingegangenen Spenden und Zahlungen danken wir herzlich.

Theo Bergmann ist tot



Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass Genosse Theodor Bergmann am 12. Juni gestorben ist. Wir verlieren mit ihm den letzten Genossen, der seine politischen Wurzeln noch in der KPO der Weimarer Republik hatte. Wir werden ihn nicht vergessen. Auf Seite 33 drucken wir einen Nachruf von Bernd Riexinger ab.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

ihr künstlich aufgebautes Image der besorgten „Kümmerin“ hat bei den Menschen nicht sonderlich verfangen. Das nimmt der SPD unter den Kurz- und Unentschlossenen kaum noch jemand ab. Kraft war zuletzt im NRW-Wahlkampf so gut wie nicht präsent. Als hinderlich erwies sich auch, dass sie an ihrem schon lange umstrittenen Innenminister Jäger festgehalten hat. Der u. a. das Sicherheitsdebakel beim Silvester-Gewaltexzess 2015/16 durch zahlreiche Übergriffe ausländischer Männer auf Frauen auf dem Kölner Domplatz mit zu verantworten hatte. Die relativ glücklose SPD-Generalsekretärin Katarina Barley (inzwischen amtsrochiert ins Familienministerium gewechselt) ließ zwei Tage nach der Wahl vernehmen, man habe das Thema innere Sicherheit nicht genügend bedacht. Den eigentlichen Aufreger der Wahl aber, die Schulpolitik, lastete sie als schwarzen Peter dem Koalitionspartner Bündnis Grüne und deren zuständigen Ministerin Löhrmann an. Bei der Bundestagswahl, so Barley, werde das Thema Gerechtigkeit im Zentrum stehen. „Ärmel aufkrempeln“ und „Helm aufsetzen“, wie es Schulz eine Woche zuvor zum schlechten Nordergebnis in Kiel noch als Durchhalteparole ausgab – auch dort ging „die regierende Küstenkoalition“ aus SPD, Grünen und SSW „baden“ (Weser Kurier) und ist der abgewählte SPD-Ministerpräsident inzwischen von allen Ämtern zurückgetreten – werden kaum reichen, jetzt noch Merkel aus der dreifach tief gefurchten Erfolgsspur zu bringen. Nach der abgelösten Barley holte man nun aktuell den schon mal als Wahlkampfstrategie für Steinmeier gescheiterten Hubertus Heil aus der Versenkung. Der SPD geht sichtlich das Personal aus. Fast könnte man schon sagen, der Zug der SPD als Erste ins nächste Berliner Kanzleramt könnte bereits abgefahren sein. In aktuellen Umfragen dümpelt die SPD wieder wie vor der ultrakurzen Schulz-Ära bei etwa 25 Prozent deutlich und fast schon chancenlos hinter der CDU.

Ein jäher Absturz aus dem Höhenflug des selbst ernannten Hoffnungsträgers, dem es gar nicht so genehm sein konnte, vor allem von den Medien mit einem sensationellen „Schulz-Effekt“ belegt worden zu sein.

Darin hätte er sich vielleicht auch selbst zu sehr gesonnt, räumte er ein. Was muss der Mann alles noch eingestehen. Eine Schwalbe macht eben noch lange keinen Sommer. Das weiß auch der Mann aus Würselen. So was bringt einen in Zugzwang, dem Schulz in öffentlichen Stellungnahmen zu oft und lange ausgewichen ist. Auch das gab er selbstkritisch zu. Hinsichtlich der Frage etwa nach fälligen Korrekturen zur Schröder-Agenda 2010, hinter deren Erfordernis 2003 er sich bis zuletzt voll gestellt hat. Bezüglich auch der Frage nach der konkretisierten Formel „mehr soziale Gerechtigkeit“, deren Antwort er bisher weitgehend schuldig blieb, ohne zu sagen, an wessen Pfründe es dabei ausgleichend wie gehen soll. So was rächt sich. Man habe, so Schulz, damals mit der Agenda „Deutschland fit gemacht für die Zukunft“. Und hat dabei Millionen mit ungerechten, unsozialen Arbeitsgesetzen in die Existenznot und Armutsnähe gedrückt und die Sozialhilfe in der alten Form abgeschafft. Wer heute als Hartz IV-BezieherIn bei der Jobagentur weitere Anträge stellt auf zusätzliche Leistungen (z. B. für Brillen, defekte Haushaltsgeräte, Zahnersatz, Kleidung, Schuhe, Fahrrad etc.), bekommt zwar Geld zugeteilt, aber nur noch auf rückzahlbarer Darlehensbasis! D. h. es werden automatisch von da an 10 Prozent des derzeitigen Regelsatzes (417,- Euro) von der monatlichen Unterstützung einbehalten. Man verschuldet sich bei kleinsten Posten gleich auf Monate und hat weniger Geld zur Verfügung. Das ist schlicht sittenwidrig. Man müsste sonst ja eingestehen, dass dieser äußerst unzureichend bemessene Regelsatz hinten und vorne nicht ausreicht. Doch Schulz, bzw. die NRW-SPD, hat nicht von diesen sozial Benachteiligten eine Quittung erhalten, die zumeist die Nichtwahl vorziehen, da wählen eh nichts nütze, geschweige denn etwas verändere. Dass dem nicht so ist, zeigt das Ergebnis. Eine erhöhte Wahlbeteiligung von 65,5 % signalisiert Mobilisierung unter den Nichtwählenden. 13,1 Millionen Wahlberechtigte waren im 17,7 Millionen einwohnerreichsten Bundesland zur Wahl aufgerufen, faktisch jede/r fünfte Deutsche. Die deshalb auch als „kleine Bundestagswahl“ gilt. Und gut vier Monate vor

der Berlinwahl einen idealen Trendanzeiger abgibt.

Aus dem sich verflüchtigenden Schulz-Effekt wurde ohne viel Dazutun der CDU mit einem eher blassen und statt aggressiv still agierenden Wahlkämpfer Armin Laschet ein deutlicher Merkel-Schwung. Die fühlt sich auch auf eine Welle der Zustimmung gehoben und übt sich in freudiger Gelassenheit. Man habe (aus Berlin) geholfen, wo es (in Düsseldorf) gewünscht war, sagte sie bescheiden am Tag danach. Laschet ist ihr hundertprozentiger Gefolgsman gewesen etwa in der Flüchtlingspolitik und Unterstützer ihres EU-Politikurses. Da kann man sich auch mal erkenntlich zeigen. Aber auch die verhaltene Merkelpräsenz hat in NRW nicht den Ausschlag gegeben. Die Leute würden ja vielleicht wieder mehr SPD wählen, wenn die und ihr Parteivorsitzender nur mal klipp und klar sagen würden, wofür sie stehen. Schulz wolle, das sagte er noch am Wahlabend, jetzt „konkreter“ werden. Eine fürwahr späte Einsicht. Bisher hat noch keine der Parteien ein Programm für die Bundestagswahl am 24. September offiziell vorgelegt, die SPD will sich damit noch bis zum Parteitag Ende Juni Zeit lassen. Der bisher bekannte Entwurf sei, so die Promoter der SPD, „das Beste“, was man „seit Brandt“ vorgelegt hätte... Was lange währt, muss aber in dem Fall nicht unbedingt besser werden.

Schulz und seine Partei haben vom Wähler und der Wählerin früh einen Vertrauensvorschuss eingefordert, ohne genauer zu verdeutlichen, wofür. Die Menschen sollen im Vertrauen auf das richtige Programm und Handeln einer Partei ihr die Katze quasi im Sack abkaufen. So funktioniert vielleicht ein Basarhandel. So kann man aber kaum Stimmen gewinnen, sich möglichst lange bedeckt zu halten mit den zentralen Aussagen zu Wirtschaft, Sozialem, Bildung, innerer Sicherheit usw. Themen, die dafür die CDU in NRW gezielt in den Vordergrund rückte, auch mit ihrer Anti-Schlusslicht-Kampagne (Bildung, Wirtschaft). Die SPD orientiert in direkter Konkurrenz zu den Konservativen in die bürgerliche Mitte der sicher und gut Verdienenden, die „hart arbeiten“ (Schulz). Mindestens ebenso hart arbeiten dürften freilich auch die vielen BilliglöhnerInnen,

Zeitarbeitenden, NiedriglöhnerInnen, die oft zwei Jobs annehmen und häufig genug noch aufstockend Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen, damit es zur Armutsgrenze existenziell gerade so reicht. Davon betroffen sind zu den über 2 Millionen Arbeitslosen etwa 8 – 10 Millionen Arbeitnehmende hierzulande. Den größten Niedriglohnsektor in Europa habe Deutschland, brüstete sich auf dem Weltforum in Davos 2005 noch der abgängige Kanzler Schröder.

Die Liste der Wahllügen in NRW ist beträchtlich, wie sie das kommunistische Blatt *Rote Fahne* konkret auflistet im Kontrast zu Behauptungen wie Zukunftssicherheit, sozial gerechtes NRW, Erfolgsbilanz (SPD-Kurzwahlprogramm): da ist vom „niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren“ die Rede; da soll „kein Kind zurückgelassen“ werden; soll es für Jugendliche und junge Menschen „keinen Abschluss ohne Anschluss“ geben; will man die „Natur schützen und durchatmen“ (Grüne Kurzprogramm) und spricht man vom „Ausstieg aus der Kohleverbrennung“ in 20 Jahren!; und man will „Menschen helfen, die vor Krieg und Gewalt fliehen“. Das RF-Magazin weist dagegen an Beispielen nach, dass das alles zusammen Chimären der Täuschung sind.

Auffallend sind auch Wiederaufstieg und Erholung (Comeback) der Liberalen unter ihrem nahezu One-Showman Christian Lindner. Teilweise schon gefeiert bei öffentlichen Auftritten wie ein Popstar. Der verkündete, dass das „System der kommunizierenden Röhren“ mit der CDU vorbei sei. Will sagen das automatische Understatement, selbstverständlich nur mit der CDU zu gehen und sich zu verständigen, bei natürlich immer noch vorhandener größter Schnittmenge, vor allem in Wirtschaftsdingen. Der zweite störende Trend, der der Schwalbe Schulz das Fliegen erschwert, dessen Partei an die FDP diesmal 180.000 Stimmen abgab, während nur 50.000 von der CDU kamen. Koalitionen mit der CDU, wie früher mal muss man ja schon sagen, rücken gleichwohl wieder ins reale Blickfeld, wozu es gegenwärtig nach Lage der Verhandlungen trotz nur eines Mandats

Mehrheit wohl auch kommen wird. Nachdem die SPD für eine Koalition mit der Union, die Laschet auch gerne gesehen hätte, nicht zur Verfügung stand und die Grünen von Anfang an einer Jamaikakonstellation eine Absage erteilten, die auch die FDP nicht will. Lindner, der nach Berlin gehen wird, um dort nach Höherem zu streben, ist kein Sympathisant von Laschet und umgekehrt gilt dasselbe. Aber da sind ja noch andere bei der FDP. 12,6 % hat sie eingefahren, 380.000 Stimmen mehr als 2012, ein Plus von 4 Punkten, was sich in 25 Abgeordnetensitzen niederschlägt.

mierenden Prognosen davor schon fast das Aus für den Wiedereinzug in den Landtag. Der bittere Kelch ging noch mal vorüber. Allein 30.000 Stimmen wechselten zur FDP. Man schwankt labil zwischen Betonung von Eigenständigkeit und Bündnisfähigkeit. Das müsse auch bedeuten, nach Koalitionen mit anderen als nur der SPD Ausschau zu halten (so sinngemäß die Grünen-Sprecherin Göring-Eckardt). Da lassen natürlich die Koalitionen mit der CDU in Hessen und Baden-Württemberg grüßen. Wenn man eine gute Politik für die Menschen mache, würden die es ei-



„unkonkrete NRW-Gefühl“

Die FDP hat wohl auch davon mit profitiert, dass die Piratenpartei, bislang noch sicher im Landtag, mit nur noch etwa 0,9 Prozent unter ferner liefen auseinandergefallen und unter der Totenkopfflagge sang und klanglos untergegangen ist. Viele sonst liberal Wählende waren in diese Sammelgruppierung von rechts bis links, die ihren kurzfristigen Zenit längst überschritten hatte und keinen Wahlkampf mehr machte, übergewechselt aus Frust auch über die FDP damals unter dem farblosen Philipp Rösler. 2 bis 3 Prozent des Zugewinns aufs Stimmenkonto dürften sich auf diesen Fakt wohl zurückführen lassen.

Auch den geschrumpften grünen Koalitionspartner hat es in NRW erwischt mit Jäh-Absturz von minus 5 Punkten auf noch 6,3 % und 13 Mandate. Man fürchtete nach alar-

nem auch honorieren, so ließ aktuell der schwäbisch sprachbehäbige grüne Landesvater Kretschmann aus Stuttgart verlauten. Was für eine tief schürfende Erkenntnis. Göring-Eckardt bemühte die Boxersprache und redete von einem „Schlag unter die Gürtellinie“, den man eingefangen habe. Ähnlich stellte es der Schleswig-Holsteiner Fraktionsführer der SPD, Ralf Stegner, fest, der von „Leberhaken“ für seine Partei sprach. Derart K. O. gegangen werden Schlüsse aus der „krachenden Niederlage“ (Schulz) zu ziehen sein. Den Grünen bleiben nicht mehr viele Themen, wo sie eigenständig punkten können, etwa noch bei der Umwelt- und Energiepolitik. In NRW hat man der grünen Spitzenfrau und Schulministerin Sylvia Löhrmann überdies ihre von nicht wenigen so gesehene, bü-

rokratisch reglementierende Schulpolitik übel genommen, die vielen konservativ eingestellten Eltern nicht schmeckte. Gegenüber CDU und FDP grenzte sie sich deutlich ab. Auch sie trat von allen weiteren Politikambitionen zurück.

Die Linkspartei hatte es als allgemein im Westen schwächelnde linke Gruppierung im Flächenstaat NRW nicht leicht. Aber sie verdoppelte fast ihr letztes Ergebnis von 2012 um 2,4 Punkte auf 4,9 % und verpasste äußerst knapp den Landtagseinzug. Kraft hatte sich auch früh und wiederholt von einer Kooperation mit der Linkspartei strikt distanziert, was eher der SPD als der Linken geschadet haben dürfte. Auch für das linke Ergebnis war ein gewisser rückläufiger Bonus vom Piratenschwund sicher mit förderlich.

Bleibt noch über die AfD zu sprechen, die blau-rot-weiß firmierende „Alternative“, die keine ist. Anscheinend merken das auch immer mehr ihrer ad hoc-WählerInnen und wenden sich wieder ab. Auch in NRW blieb sie unter den Prognosen und wohl auch eigenen Erwartungen. Dennoch aus dem Stand 7,3 % und 14 Mandate. Auch ihr Durchmarsch zum Etappenziel Präsenz in allen Länderparlamenten bleibt Fakt. In 12 ist sie jetzt bereits schon vertreten. Co-Sprecher Meuthen verspricht sich für die Berlin-Wahl in NRW sogar noch mehr. Die zwischen Neutralen und Gegnern inzwischen fast isoliert dastehende Vorsitzende Petry, die auf dem Köln-Parteitag quasi demontiert wurde, zeigt sich über das erreichte Ergebnis dennoch zufrieden. Ihr neuer Ehepartner Markus Pretzell und Vater ihres fünften Kindes, mit dem sie derzeit schwanger ist, ist neuer Fraktionsführer in Düsseldorf. Die akute Schwangerschaft ist wohl auch mit ein Grund der sonst giftig austeilenden Frontfrau, weshalb sie sich bei der Frage der Spitzenkandidatur für den Bundestag zurückhielt und das Feld dem Duo Alice Weidel und Alexander Gauland überließ. Die eine ihr neutral gegenüber stehend, der andere ihr ausgewiesener Gegner aus dem Lager mit Meuthen und Höcke. Petry ist noch nicht weg von der Bühne, aber potenziell abgängig. Wie sie es selbst 2015 in Essen noch ihrem Konkurrenten Lucke gnadenlos widerfahren ließ. Mit derben Parolen zur

Flüchtlingspolitik ist für die AfD derzeit nicht viel zu holen. Die Zuströme sind so gut wie gestoppt und deutlich rückläufig dank eines rigiden EU-Außengrenzenregimes. Man verlegt sich mehr auf das Thema Rechtsstaat und die Bekämpfung von (Ausländer-) Kriminalität. Die Pegida-Bewegung im Osten ist im Abschwung. Der erhoffte Stimmungsschub aus einem erwarteten, aber nicht eingetretenen Le Pen Sieg in Frankreich blieb aus. Und auch der rechtsextreme Wilders in den Niederlanden kam nicht wie erwartet zum Zug. Auf ihrem hohen Niveau als extrem rechte Kleinpartei deutlich über 5 %, kann man sagen, ist die AfD derzeit eher stagnierend, bleibt aber ein ernst zu nehmender Faktor. Von Entwarnung ob einer gestoppten rechten Gefahr kann nicht die Rede sein. Um 10 % dürften ihr vermutlich bei der nächsten Bundestagswahl sicher sein, vor allem ihres hohen Ostpegels wegen. Das macht auf Bundesebene andere als große Koalitionen schwierig, lässt aber auch noch an ein Dreierbündnis von CDU/CSU, FDP, Grünen denken mit einer SPD als stärkster Kraft – in der Opposition (bei einer fiktiven Ausgangskonstellation: CDU/CSU 30; SPD 25, FDP 10, Grüne 10, Linke 8, AfD 10 %).

Quintessenz bleibt, Landesregierungen können abgewählt werden. CDU und SPD stellen jetzt gleichauf je 7 Ministerpräsidenten. Kraft, die sich gegenüber Schulz freundlich ausbedungen hatte, Bundesthemen bitte schön außen vor zu lassen, hat aber genau das versäumt: konkrete Wahlansätze für sich aus den Landesthemen zu schaffen, die ohne Zweifel die Wahl entschieden haben. Die z. T. im Argen liegenden Probleme etwa bei der Infrastruktur (Straßen- und Brückensanierung) offen anzusprechen und Abhilfen aufzuzeigen. Die Menschen, die gerade in NRW im dichten nördlichen Ruhrgebiet oft als Pendler täglich über die ständig gestauten Autobahnen und Schnellstraßen zu ihren Arbeitsstellen fahren müssen, schätzen es wenig, wenn Brückenbauten monatelang nicht richtig vorankommen und Baustellen ewig anhalten. Daran wird zwar die CDU auch nichts durchgreifend ändern können, aber es schlug eben zuungunsten der verantwortlichen SPD und Grünen zu Buche. Die SPD im Schulz-Aufwind ist so gut wie passé.

Es war auch mehr ein naiver Reflex spontan davon angesprochener Menschen und des eigenen, nach „Führung“ lechzenden Parteivolks als ein wirkliches Zeichen für einen andauernden Aufschwung, der inhaltlich zumeist eine „black box“ blieb und nicht mit eindeutiger Programmatik angefüllt wurde. Eine Ablösung von Merkel wird es so im Herbst kaum geben. Klartext gesprochen: Der SPD fehlt es auch tatsächlich an geeigneten sozialreformerischen Konzepten, die sie in Koalition mit progressiven Kräften umsetzen könnte oder wollte.

EK/HB, 16. 5./2.6.2017

Literatur/Quellen:

Magazin Rote Fahne der MLPD, Heft 8, 14. April 2017 (mit Schwerpunkt: QuWahl zur NRW-Wahl, S. 12-30)
Weser Kurier, Tageszeitung für Bremen und Niedersachsen. Ausgabe vom 15.5.2017 (mit Beiträgen S. 1, 2, 3, 4)

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Frühjahrstagung München 2017

Das Frühjahrsseminar, das traditionell von der Gruppe Arbeiterstimme und der Gruppe International aus Dorfen in München veranstaltet wird, fand heuer am 27. und 28. Mai statt. Es dient der Vertiefung innen- und weltpolitischer Themen, dem Meinungsaustausch und nicht zuletzt auch dem persönlichen Austausch und der Stärkung des Zusammenhalts der Gruppen.

Obwohl mehrere Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Gründen an der Teilnahme verhindert waren, war doch eine erfreulich hohe Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten, bis auf zwei aus dem süddeutschen Raum nach München gekommen. Auch ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik beteiligte sich an der Tagung und belebte mit seinen Beiträgen und Einschätzungen die Diskussionen.

Die Tagesordnung hatten wir wie folgt geplant:

1. Überlegungen zur Oktoberrevolution
2. Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika
3. Wahlen in Europa
4. Diskussion über die Innenpolitik 2017 können wir auf 100 Jahre Oktoberrevolution in Russland zurückblicken.

Das haben wir zum Anlass genommen, unsere Einschätzungen über dieses Thema in der Diskussion vorzubringen. In der letzten Ausgabe der Arbeiterstimme waren wir mit einem Artikel in die Behandlung dieses historisch wichtigsten Ereignisses des 20. Jahrhunderts eingestiegen – es handelte sich um einen Nachdruck zum 70. Jahrestag. In den 30 Jahren, die seit dem Erscheinen des Artikels vergangen sind, hat sich die weltpolitische Situation grundlegend verändert. Die Sowjetunion und die anderen Länder des „real existierenden Sozialismus“ haben sich zu kapitalistischen Wirtschaftssystemen zurückentwickelt. Die ersten Versuche zum Aufbau eines Sozialismus waren gescheitert. Der Klassenkampf im Weltmaßstab hatte vorläufig ein Ende gefunden.

Wir haben seit der letzten Jahreskonferenz auf verschiedenen Treffen immer wieder über die Oktoberrevolution diskutiert, Einschätzungen vor-

genommen und erörtert, welche Lehren daraus gezogen werden können und müssen. War die Revolution von vornherein zum Scheitern verurteilt oder erst später, als der Aufbau des Sozialismus in einem Land proklamiert wurde, weil die Arbeiterklassen der entwickelten kapitalistischen Länder die Sowjetunion de facto im Stich ließen oder ... ?

Welche Fehler waren gemacht worden, welche hätten vermieden werden können? Heute lässt sich leicht darüber diskutieren, wir wissen, wie der Gang der Geschichte war; wir meinen, dass Einiges anders – besser? – zu machen gewesen wäre – allein die Verhältnisse waren damals so, wie sie nun mal waren – sie haben sich nicht ans Lehrbuch sozialistischer Revolutionen gehalten!

Ein Genosse hat dazu einen Artikel verfasst und ihn in München zur Diskussion vorgestellt. Das Referat trägt den Titel „Überlegungen zur Oktoberrevolution“. Wir drucken diesen Artikel wie immer in leicht geänderter Form ab.

Die anschließende Diskussion hier wiederzugeben, ist nicht möglich, jedoch sind einige Anregungen daraus in den Artikel eingeflossen.

Das zweite Referat befasste sich mit den Auswirkungen auf und den Folgen für andere Staaten der Welt; im Besonderen auf Lateinamerika. Unser Dorfener Genosse, der sich zum Spezialisten für diesen Teil der Welt entwickelt hat, hat das Referat dazu verfasst. Aus seiner Feder stammen die meisten Arsti-Artikel zu Lateinamerika; der letzte, „Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung“ hat sich mit den Friedensverhandlungen in Kolumbien befasst. Für das Münchner Referat hatte der Genosse zahlreiche Materialien zusammengetragen und durchgearbeitet. Beeindruckend war seine Schilderung über die Anfänge der fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika, über die ersten Schritte zum Sozialismus und welchen – zum Teil tragischen Anteil – die Einwirkungen der KPdSU in dieser Weltregion zur Folge hatten. Von der Sowjetunion zu lernen hieß nicht nur siegen lernen. Das Referat trägt den Titel „Die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika“ und wird im Fol-

genden in überarbeiteter Form abgedruckt. Für die beiden Referate und die anschließenden Diskussionen hatten wir uns – der Wichtigkeit der Themen entsprechend – viel Zeit genommen.

Deswegen mussten wir die Tagesordnung ändern und die Aussprache über die politische Situation in der EU auf den Sonntag verschieben.

Am Sonntag starteten wir die Diskussion über die Innenpolitik mit einer Analyse der Wahl in NRW. Bezeichnend für dieses Bundesland ist, dass sich dort SPD und CDU noch weniger voneinander unterscheiden als im Rest der Republik. Die SPD hat in ihrer ehemaligen Hochburg über die vielen Jahrzehnte, die sie die Regierung stellte, schon beinahe den Charakter einer Staatspartei angenommen. Ein Genosse merkte dazu an, das einzige, was sich dort an der SPD verlässlich halte, sei das Gerücht, eine linke Partei zu sein.

Für die Landtagswahl hatte sich die SPD zwei Ziele vorgenommen: 1. wollte sie stärkste Partei werden – damit ist sie gescheitert. 2. die Linke unter 5 % und damit aus dem Landtag heraus zu halten. Ihr erstes Ziel hat sie verfehlt, das zweite erreicht.

Die beachtlichen 4,9 % der Partei Die Linke sind ein bitterer Erfolg.

Im Rahmen der Diskussion wurde dann auch deutlich Kritik an der Wahlbeteiligung der DKP und der MLPD geäußert (– wobei deren Beteiligung noch eher verständlich ist, da sie in NRW ihre Hochburgen hat). Die Stimmen, die beiden erhalten haben, hätten zu einem Einzug Der Linken in den Landtag in NRW gereicht... aber dann? Die Hoffnung, bei der Bundestagswahl im Herbst eine „linke“ Regierung aus Der Linken, den Grünen und der SPD bilden zu können, ist reine Illusion, sowohl von den Inhalten der Grünen und SPD her, als auch vom „Wählerwillen“. (Die Wähler wollen am liebsten keine Experimente in solchen Zeiten.)



Die Linke ist keine sozialistische Partei – allerdings steht sie noch fest gegen die Beteiligung Deutschlands an Kriegseinsätzen und gegen den Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften. An der Antikriegspolitik hat sie bis jetzt festgehalten und bildet schon allein damit eine rühmliche Ausnahme im bundesdeutschen Parteienspektrum. An der Kritik am Sozialabbau und unsocialer Politik auf Kosten der „kleinen Leute“ hält sie verbal fest – jedenfalls da, wo sie nicht an Regierungen beteiligt ist. Wo sie mit an der „Macht“ ist, kann es schon mal passieren, dass sie, vermeintlich um „Verantwortung“ und „Politikfähigkeit“ zu zeigen, ihre Grundsätze mit Füßen tritt.

Wir haben ja schon oft festgestellt, dass die Linke im parlamentarischen Sumpf zu versinken droht, solange es in Deutschland keine fortschrittliche gesellschaftspolitische Bewegung gibt.

Die AfD wurde als eine Partei des Übergangs von einer „Protestpartei in Bewegung“ zu einer rechten Sammlungspartei beschrieben. Der Genosse der Arbeiterpolitik hat einen Artikel zur AfD verfasst, der in der nächsten Ausgabe der Arpo erscheinen wird.

Wir werden diesen Artikel in der Herbstnummer der Arbeiterstimme, die kurz vor der Bundestagswahl herauskommen soll, nachdrucken.

Der Wahlerfolg der „Lindner-Show-Partei“ FDP ist sicherlich nicht zuletzt der Berichterstattung über diese Partei in den öffentlichen Medien zuzuschreiben. Es ist ungeheuerlich, welchen Raum einer solchen Splitterpartei eingeräumt wurde, die bei der letzten Bundestagswahl wegen ihrer unsäglichen Klientel-Politik für Besserverdienende zu Recht an der 5 % Hürde gescheitert war.

Von so viel Medienpräsenz kann Die Linke, als immerhin größte Oppositionspartei, nur träumen. Hier zeigt sich deutlich, wes Geistes Kind die öffentlich rechtlichen Medien sind.

Nun zum letzten Diskussionspunkt unserer Tagung in München, der politischen Lage in Europa und der EU.

Bleiben wir kurz bei den bürgerlichen Medien: Nach den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich wurde Entwarnung gegeben; die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU auf Grund der Erfolge rechter Par-

teien war ausgeblieben, einer Gefahr, die die Medien vor den Wahlen – der Einschaltquoten wegen – ja fast mit heraufbeschworen hatten.

Das soll von unserer Seite aus keine Verharmlosung der Rechten sein. Die Erfolge der Partei in den Niederlanden und des Front National in Frankreich sind erschreckend; die rechte Gefahr ist nach den Niederlagen keineswegs gebannt. Sind doch rechte Tendenzen und Nationalismus stets auch Ausdruck der real herrschenden sozialen Verhältnisse und Lebensbedingungen – und damit ist es im größeren Teil der vom Neoliberalismus geprägten EU weit schlechter bestellt als in Deutschland.

Festzuhalten ist, dass die Sozialdemokratie – unter welchem Etikett sie auch formieren mag – abgewirtschaftet hat. Auf der anderen Seite zeigen die Zustimmung zu linken Themen und Personen, wie z. B. in England mit Jeremy Corbyn, in Frankreich mit Jean Luc Melancon und sogar der Achtungserfolg eines Bernie Sanders in den USA, dass es durchaus ankommt, fortschrittliche Politik – zumindest verbal – zu machen

Wie die konkrete Politik in Frankreich in den nächsten Jahren ausschauen wird, hängt vom Ausgang der Parlamentswahlen im Juni ab. Macron wird wahrscheinlich – analog zur Politik der Schröder/Fischer-Regierung – eine Art französischer Ausgabe der Agenda 2010-Politik betreiben.

Bereits unter der Regierung Hollande wurden die Weichen in diese Richtung gestellt. Ein Teilnehmer war der Meinung: „Hollande hat die Vorarbeiten schon geleistet – Macron muss nur noch die Feinarbeiten machen – vielleicht wird es auch in Frankreich gar keinen großen Widerstand gegen die ‚Reformen‘ geben.“ Wenn die wirtschaftlichen Einbußen im Exportgeschäft auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden sollten, könnte das dazu führen, dass die deutsche Bourgeoisie schnell mal wieder die Karte des Nationalismus spielt mit dem Argument: „Wegen der Franzosen müssen wir unseren Lebensstandard herunterfahren.“ Andererseits weiß die deutsche Bourgeoisie aber auch genau, dass sie auf dem Gebiet des Exports Abstriche machen muss – bei einem Scheitern der Politik Macrons dürfte ein Wahlerfolg für den Front National in fünf Jahren nicht

mehr zu verhindern sein. Das kann sie nicht ignorieren – hier werden Konzessionen gemacht werden müssen.

Der deutschen Linken und den Gewerkschaften kommt die Aufgabe zu, Schäubles Sparkurs und die Austeritätspolitik, die anderen Ländern – bei eigener Nichteinhaltung – verordnet werden, klar und deutlich zu kritisieren und sich mit wirklichen Lohnerhöhungen für eine Umverteilung von oben nach unten einzusetzen. Ebenso dürfen sie bei dem ganzen Gerede über „Steuer-Wahlgeschenke“ für Klein- und Mittelverdiener nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass Umverteilung mit einer gerechteren Steuerpolitik beginnt, die nicht vor den Vermögenden und ihren Sachwaltern einknickt: mit Steuern auf Vermögen, Kapitalerträge, Spekulationsgewinne und bei der Erbschaft. Das wären erste Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit – aber wer soll sie durchsetzen?

Einige Genossinnen und Genossen beurteilten die Lage gar nicht so aussichtslos, angesichts der oben angesprochenen Erfolge für linke Forderungen. Ein Genosse warnte deutlich vor übertriebenen Hoffnungen; ihn beschleiche *„ein ungutes Gefühl bei dem Gedanken, dass aus unerklärlichen Gründen die Linken die Wahlen gewinnen würden – es gibt keinen Plan, was dann zu tun wäre“* (durchaus eine Analogie zu Syriza in Griechenland).

Die Frühjahrstagung wurde dieses Jahr von allen Teilnehmern sehr positiv bewertet.

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Oktoberrevolution und Sowjetunion

Versuch einer Einschätzung



Rote Garde der Sankt Petersburger Fabrik „Vulkan“

Diese Ausführungen schließen an den Beitrag „Überlegungen zur Revolution“ aus der *Arsti* Nr. 194 an. Der Autor bringt darin erst einmal ein längeres Zitat aus der „Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx. Zu diesem Zitat merkt er an, dass es „eine so komplexe Inhaltlichkeit enthält, um darüber lange und intensiv zu diskutieren“. Er befasst sich dann aber, erklärtermaßen, hauptsächlich mit einem Aspekt, nämlich den grundsätzlichen Unterschieden zwischen einer bürgerlichen und einer sozialistischen Revolution. Diesen Ausführungen soll hier nichts weiter hinzugefügt werden. Wenn man aber die ganz allgemeine Sicht auf jede sozialistische Revolution verlässt und speziell das Beispiel Oktoberrevolution betrachtet, drängen sich noch weitere, wesentliche Punkte auf, die bereits im Marx-Zitat anklingen, aber nicht ausführlich diskutiert werden.

Revolution in einem zurückgebliebenen Land

Das zaristische Russland vor der Revolution war zwar kapitalistisch, aber im Vergleich zu den am weitesten entwickelten kapitalistischen Zentren zurückgeblieben. Moderne Industrien waren z.B. nur in einigen wenigen Städten vorhanden. Nach der Revolution konnte zum Aufbau des Sozialismus damit nicht einfach auf eine bereits im Kapitalismus erreichte Produktivkraftentwicklung zurückgegriffen werden, denn diese war in Russland im Vergleich zum Weltmaßstab nur schwach. Im Fall Russlands mussten Schritte, die anderswo im Zuge einer kapitalistischen Entwicklung stattfanden, nachholend durchlaufen werden. Der Rückstand musste aufgeholt werden. Die Industrialisierung des Landes musste weitgehend erst noch geleistet werden.

Selbstverständlich bezog sich die Rückständigkeit Russlands nicht allein auf Produktivkraftentwicklung und Industrialisierung. Alle gesellschaftlichen Bereiche waren betroffen. 80% der Bevölkerung waren Bauern, die meist in elenden Verhältnissen lebten und Analphabeten waren. Rückständig waren auch Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rechte, demokratische Praxis und vieles mehr. Wegen der Kleinheit des industriellen Sektors war auch die Arbeiterklasse, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, relativ klein. Ihr Bildungsstand war verglichen mit den Verhältnissen in Westeuropa eher schlecht. Damit war die Arbeiterklasse wenig für die neuen Aufgaben nach der Revolution vorbereitet, nämlich eine leitende Position in der Gesellschaft einzunehmen.

Neben diesen ungünstigen Bedingungen, die in der Geschichte wurzeln, war die entstehende Sowjetuni-

on noch weiteren Belastungen ausgesetzt. Durch den Bürgerkrieg und die ausländischen Interventionen kam es zu großen Zerstörungen und zu großen Verlusten, gerade auch bei den bewusstesten Teilen der Arbeiterklasse. Die allgemeine Bedrohung der SU blieb auch nach Beendigung des Bürgerkrieges bestehen und forderte erhebliche Anstrengungen für Rüstung und Verteidigung.

Es liegt auf der Hand, dass die oben sehr kurz skizzierten ungünstigen Bedingungen noch weiter verschärft wurden, weil die revolutionären Umwälzungen auf Russland beschränkt blieben. Wären ein oder gar mehrere hochentwickelte kapitalistische Länder mit einbezogen gewesen, wären die genannten Zwänge zwar nicht verschwunden, aber deutlich abgemildert worden. Damit kommen wir zum zweiten Punkt dieser Überlegungen.

Endkrise des Kapitalismus?

Es gibt im Marx-Zitat noch eine andere Stelle, die zum Nachdenken anregt: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materi-

ellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um: es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein.“

Hatte der Kapitalismus 1917 diese „gewisse Entwicklungsstufe“ erreicht? Aus heutiger Sicht wird man diese Frage verneinen.

Die Zeitgenossen sahen das anders. Die Vorstellung einer relativ nahen Endkrise des Kapitalismus war weit verbreitet. Es gab zu dieser Frage unter Marxisten heftige Debatten. Luxemburg, Lenin, Kautsky, Hilferding und später Varga haben darüber geschrieben. Auch wenn in diesen Debatten kein Konsens erreicht und damit keine allgemein akzeptierte theoretische Einschätzung der Zukunft des Kapitalismus erarbeitet wurde, gemeinsam war vielen Marxisten die Einschätzung eines unvermeidlichen und baldigen Niedergangs des Kapitalismus. Diese Meinung gab es nicht nur bei theoretisch Geschulten, sondern sie war weit verbreitet, durchaus

auch beim reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung. Viele hatten die Erwartung, durch die Oktoberrevolution in eine, vielleicht sogar die entscheidende Phase im Kampf um den Sozialismus eingetreten zu sein.

Und diese Sicht wurde zunächst durch die Ereignisse unterstützt. Das imperialistische System befand sich im I. Weltkrieg in einer fundamentalen Krise. Bis etwa 1923/24 gab es in vielen Ländern heftige Klassenkämpfe. Auch wenn danach erkennbar war, dass es vorerst keine weitere sozialistische Revolution mehr geben würde, kam es mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 zu einer weiteren schweren und weltweiten Erschütterung des kapitalistischen Systems.

Allerdings erlebte der Kapitalismus dann nach dem II. Weltkrieg eine starke, dynamische und lang andauernde Aufschwungphase, die historisch einmalig war. Der Aufschwung ermöglichte es ökonomisch und die Systemkonkurrenz sorgte politisch dafür, dass die herrschenden Klassen zu erheblichen Zugeständnissen im Bezug auf Verbesserungen der Lage der arbeitenden Schichten bereit waren. Durch diese Erfahrung änderten sich die Wahrnehmung des und die



Revolution in München. Waffenausgabe an die Arbeiter-Wehr am Marsfeld.

„Endkrise des Kapitalismus? Hatte der Kapitalismus 1917 diese ‚gewisse Entwicklungsstufe‘ erreicht? Aus heutiger Sicht wird man diese Frage verneinen.“ Rotarmisten vor der Marsfeldkaserne während der Zweiten Räterepublik in München.

Erwartungen an den Kapitalismus in breiten Bevölkerungsschichten wieder grundsätzlich (zumindest in den führenden kapitalistischen Ländern). Der Kapitalismus war auch in der Lage, neue Technologien schnell und effizient einzusetzen und konnte damit die Messlatte für den Systemvergleich wieder höher legen. Das (scheinbare) Einholen des Kapitalismus durch die SU und das schon angekündigte Überholen wurde wieder zunichte gemacht.

Es ist zu betonen, dass diese Entwicklung aus der Sicht der Zeitgenossen der Oktoberrevolution nicht erkennbar war. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus als Weltsystem in den nächsten 100 Jahren war 1917 (und auch 1924 oder 1930 oder 1945) realistischerweise so nicht vorhersehbar. Aber wir kennen heute diese Tatsachen und müssen dieses Wissen auch für unsere Analysen nutzen. Es geht also nicht um Besserwisserei gegenüber den Revolutionären von 1917, sondern um die Analyse der Gegebenheiten auf dem heutigen Stand des Wissens.

Die Oktoberrevolution war also nicht das Fanal der beginnenden Endauseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Das zaristische Russland war zwar das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Länder, das als erstes zerbrochen ist, aber der Impuls der Revolution konnte sich nicht fortsetzen.

Statt zu sozialistischen Revolutionen kam es in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung in Reformisten und Revolutionäre, Sozialdemokraten und Kommunisten. (In manchen Ländern waren die Verhältnisse nochmals anders, z.B. gab es in den USA weder eine typische Sozialdemokratie noch eine starke Kommunistische Partei. In wiederum anderen Ländern, z.B. Spanien, spielten auch Anarchisten und Anarchosyndikalisten eine wichtige Rolle.) Meistens waren die im Prinzip sozialdemokratisch ausgerichteten Parteien die zahlenmäßig stärkeren und auch in der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften einflussreicheren. Man kommt nicht umhin, für diesen „Erfolg“ der sozialdemokratischen, opportunistischen Richtung auch eine objektive Ursache anzunehmen. Man kann dies nicht aus-



Titelblatt der Zeitschrift des *Verbandes der kämpfenden Gottlosen* 1929: „Im Zeitalter der Industrialisierung gehört Jesus auf den Müll.“ Der atheistische Verband wurde 1947 aufgelöst.

schließlich mit Verrat oder Fehlern erklären. Selbstverständlich gibt es keine Rechtfertigung für Noske und Konsorten. Auch auf der Seite der Kommunisten wurden gravierende Fehler gemacht, z.B. ultralinke Politik wie die Sozialfaschismus-These oder die RGO. Insbesondere ist festzuhalten, dass die kommunistische Bewegung als Ganzes es nicht geschafft hat, eine überzeugende Strategie gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung zu entwickeln, z.B. mit einer konsequenten Einheitsfrontpolitik.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich in keinem hochentwickelten kapitalistischen Land eine sozialistische Umwälzung durchsetzen konnte. Trotz aller Krisen und Erschütterungen, das kapitalistische System hat sich bisher behaupten können.

Es hat nach 1917 schon noch Revolutionen mit sozialistischem, kom-

munistischem Anspruch gegeben, insbesondere die chinesische Revolution, aber auch Vietnam und Kuba wären zu nennen. Alle fanden sie in peripheren, unterentwickelten Ländern statt. Folglich hatten und haben sie auch alle, ähnlich wie die SU, mit sehr schwierigen Startbedingungen und den Problemen einer nachholenden Entwicklung zu kämpfen. (Eine differenzierte und gründliche Einschätzung dieser Länder kann hier nicht geleistet werden.)

Folgen für die SU

Wie schon festgestellt wurde, konnte nach der Eroberung der politischen Macht nicht einfach die Umwälzung eines bereits voll entwickelten Produktionsapparats in einen sozialistischen auf der Tagesordnung stehen. Da stand zuerst die

Industrialisierung, das Nachholen eines großen Teils der ursprünglichen Akkumulation.

Das bedeutete aber, dass die Mittel, sprich Investitionen, für die nachholende Akkumulation von den Arbeitern und Bauern aufgebracht werden mussten. Mussten, weil sonst keine Quellen dafür zur Verfügung standen. Mittel, die investiert werden, können aber nicht konsumiert werden. Das trifft in noch stärkerem Maße auch für den Teil der Produktion zu, der für Rüstung und Verteidigung verwendet wird. Die Folge war, dass die Konsumtionsmöglichkeiten der Arbeiter und Bauern auf viele Jahre hin nicht über ein Minimum (das in der zaristischen Zeit definiert wurde) angehoben wurden. Ein erheblicher Anteil des Ertrags der Arbeit wurde für Investitionen, d.h. den forcierten Ausbau der Schwerindustrie, aufgewendet und kam damit erst den kommenden Generationen, der Zukunft zu Gute. Man kann durchaus davon sprechen, dass das im gewissen Sinn eine Weiterführung der Ausbeutung der arbeitenden Klassen bedeutete. Dass die Investitionen die Basis für eine bessere Zukunft waren, stellt dabei den günstigen Fall dar. Im weniger günstigen Fall, den es auch gegeben hat, profitierten bürokratischen Schichten und deren Konsum- und Prestigeprojekte. Oder Ressourcen wurden nutzlos in letztlich unproduktiven und falsch geplanten Vorhaben verbraucht.

Industrialisierung im großen Stil bedeutete, die Arbeiterklasse zahlenmäßig zu vergrößern. Bauern wurden zu Arbeitern und mussten lernen, sich in die Produktionsdisziplin einzufügen und die dafür notwendigen Qualifikationen zu erwerben. Auch das ging nicht ohne Widersprüche und heftige Konflikte vonstatten.

Das Ziel einer möglichst schnellen Industrialisierung bedingte somit einen permanente Verstoß gegen die unmittelbaren Interessen der Werktätigen. Die Folge dieses Widerspruchs war die Herausbildung einer starken und sich immer mehr steigernden staatliche Zwangsgewalt auf der einen Seite, auf der anderen Seite das Abwürgen bzw. Aushöhlen der ursprünglich vorhandenen Ansätze von proletarischer Demokratie. Die Staatsmacht wurde zu einer alles

bestimmenden und alles kontrollierenden Maschinerie. Die gesamte Gesellschaft (Produktion und Kultur) wurde zwangsmäßigen Regulierungen unterworfen. Selbstbestimmung der Arbeiterklasse gab es nicht mehr. Gewerkschaften konnten nicht unabhängig handeln.

Die Bildung des Staatsapparats war verbunden mit der Herausbildung einer neuen Oberschicht, gemeinhin als Bürokratie bezeichnet, in der sich die Leitungs- und Entscheidungskompetenz konzentrierte. Dabei wurde in erheblichem Ausmaß, mangels entsprechend qualifizierten Personals, auch auf Angehörige des zaristischen Staatsapparats zurückgegriffen. Das war eine schwere Hypothek für die weitere Entwicklung.

Eine Folge der nicht stattgefundenen weiteren Revolutionen war auch die Notwendigkeit der SU, eine staatliche Außenpolitik zu betreiben und dadurch die Beziehungen zu kapitalistischen Staaten, Nachbarn und Großmächten, zu gestalten. Damit verbunden war die Möglichkeit, in Widersprüche zwischen den Interessen der SU als Staat und denen der kommunistischen Bewegung zu geraten. Insbesondere weil die KPdSU die führenden Instanz im Staat war und gleichzeitig ein formal zwar gleichberechtigtes, aber mit großem Prestige und großer Macht ausgestattetes Mitglied von Organisationen wie der Kommunistischen Internationale war.

Der Weg der noch jungen SU war, wie wir gesehen haben, von einer Reihe von Widersprüchen geprägt. Aber es konnten auch bedeutende Erfolge erzielt werden. Vor allem natürlich, dass eine schnelle Industrialisierung gelang und der Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Zentren erheblich verkürzt werden konnte.

Die Stärkung der Produktionsbasis leistete auch einen entscheidenden Beitrag zum, wenn auch unter riesigen Opfern, letztlich errungenen Sieg gegen die faschistischen Invasoren. Der Sieg über den Faschismus ist ohne Zweifel eine der wichtigsten und bleibenden Leistungen der SU.

Aber auch die Verbreiterung der allgemeinen Bildung, die praktische Beendigung des Massenanalphabetismus, die Qualifikation der stark gewachsenen Arbeiterklasse und die Verbesserung der medizinischen Ver-

sorgung für breite Schichten wären hier zu nennen.

Zu den positiven Auswirkungen ist auch zu rechnen, dass allein die Existenz der SU als nicht-kapitalistisches Land anderen Revolutionen, Befreiungsbewegungen und ganz allgemein vielen Akteuren den Spielraum gegenüber den imperialistischen Zentren ausweitete.

Einschätzung und Selbsteinschätzung

Im erwähnten Marx-Zitat ist zu lesen: *„Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was er sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr das Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.“*

Lenin hat einmal geschrieben: *„Wir haben bei uns in Russland alle politischen Voraussetzungen, um den Sozialismus aufzubauen (die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse), aber es fehlen uns die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür; umgekehrt sind in den USA alle wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sozialismus vorhanden, dafür fehlen dort die politische Voraussetzungen.“* (zitiert nach Thalheimer S. 44)

Thalheimer bemerkt dazu, dass durch die tatsächliche Entwicklung der SU seit 1917 die Situation folgendermaßen verändert wurde: *„Sowjetrussland hat sich den wirtschaftlichen Bedingungen für den Sozialismus angenähert, aber es hat sie noch nicht vollständig erreicht. Gleichzeitig hat es sich von den politischen Bedingungen für den Sozialismus entfernt, (...) indem es die sozialistische Demokratie und überhaupt alle sonstigen Ansätze für eine Demokratie der Werktätigen beseitigte, indem es die Staatsmaschine ungeheuer verstärkte und der Masse der Arbeitenden als universelle Zwangsgewalt gegenüberstellte, indem es so die Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Masse der Arbeitenden aufhob. So wurden die positiven Bedingungen für die Durchführung des Sozialismus aufgehoben, und nur eine negative Bedingung dafür geschaffen: der Abbau des Klassenunterschiedes zwischen Arbeiter und Kollektivbauer.“*

Die beiden Reihen, die wirtschaftliche und die politische, haben sich also in Russland gegensätzlich entwickelt.“ (S. 51/52) Thalheimer hat dies 1948 oder kurz davor geschrieben, der Kern der Aussage hat sich aber auch für die weitere Entwicklung bestätigt.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass der Aufbau des Sozialismus in Russland nicht einigermaßen gradlinig erfolgte. Neben wesentlichen Erfolgen gab es auch Entwicklungen, die neue Hindernisse für das weitere Fortschreiten zum Sozialismus aufgebaut haben. Die Betonung liegt auf neue, also erst in der nachrevolutionären Phase entstandene Hindernisse. Und man muss diese Feststellung noch weiter zuspitzen, denn es handelt sich nicht um irgendwelche mehr oder wenig beiläufig aufgetretene Gegebenheiten. Der staatliche Zwangsapparat war einerseits ein Garant der Erfolge beim Aufbau der SU, gehörte also zum Wesen der SU, andererseits war er bzw. sein Pedant, das Fehlen einer Demokratie, ein Hindernis für weitere Fortschritte in Richtung auf einen reiferen Sozialismus. Der staatliche Überbau, wie er sich in der SU ab den 30er Jahren herausgebildet hat und in der Person Stalins als Alleinherrscher gipfelte, hatte eher Ähnlichkeit mit einer traditionellen Despotie als einer sozialistischen Gesellschaft.

Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Sozialismus hätte eigentlich die staatliche Zwangsgewalt wieder erheblich reduziert werden müssen, ein deutlich größerer Grad

an Freiwilligkeit wäre erforderlich gewesen und eine Demokratisierung der Gesellschaft. Wir wissen heute, dass (zu) lange nichts dergleichen geschehen ist und als es unter Gorbatschow zugelassen wurde, sehr schnell eine nichtsozialistische Richtung angenommen hat.

Will man das Wesen der SU beschreiben, hat man Schwierigkeiten, einen geeigneten Begriff zu finden. Denn einerseits hatte sie den Kapitalismus überwunden, weil das kapitalistische Eigentum aufgehoben war, andererseits sind erhebliche Defizite und Abweichungen von den Erwartungen an einen Sozialismus festzustellen. Thalheimer schlug deshalb die Bezeichnung „Anfänge eines Sozialismus“ vor (S. 53).

Diese Anfänge waren immer prekär. Nicht nur wegen der materiellen Unterlegenheit im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Ländern und der militärischen Bedrohung, sondern auch wegen der inneren Zustände in Staat und kommunistischer Partei (die eigentlich die treibende Kraft sein sollte). Im Verlauf der Geschichte wurde die Bedeutung der inneren Verhältnisse immer wichtiger.

Die unreifen, zurückgebliebenen Verhältnisse und die oben beschriebenen Widersprüche bringen bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich mangelhafte und problematische Folgen hervor. In der Realität waren die Verhältnisse aber nicht nur mangelhaft und problematisch. In Wirklichkeit kam es in der Politik

der SU zu massiven Abweichungen von kommunistischen Grundsätzen. Als Beispiele dafür kann man nennen:

- Den Terror der Säuberungen, insbesondere in den Jahren 1936 bis 1939.
- Eventuell auch die Art und Weise der Kollektivierung der Landwirtschaft.
- Außerdem die Nutzung der KI als Instrument der sowjetrussischen Interessen,
- die Politik der territorialen Ausdehnung im Rahmen des Hitler-Stalin Paktes sowie nach dem II. Weltkrieg und
- die verhängnisvollen Seiten der Intervention in den spanischen Bürgerkrieg.

Es kann im Rahmen dieser Überlegungen nicht ausführlich zu diesen Punkten Stellung genommen werden. (Dies müsste in speziellen Artikeln geschehen.) Selbstverständlich ist jeder Punkt differenziert zu betrachten, die Einschätzung des Terrors deckt sich nicht notwendigerweise mit der der Kollektivierung etc. Zu den Terrorjahren lässt sich aber auf jeden Fall sagen, dass damit alle Grenzen des eventuell zu Rechtfertigenden überschritten wurden.

Offensichtlich sind die Punkte mit der Person Stalins verbunden. War er die Ursache der Deformationen? Sicherlich kann nicht alles mit der Person Stalins erklärt werden. Aber Stalin war von seiner Persönlichkeit schon jemand, der einerseits die Bedürfnisse der Zeit, die Durchsetzung der staatlichen Planung und Ziele mittels starker zentraler Kontrollsysteme, erfüllen konnte, andererseits durch seine Rücksichtslosigkeit die größten Exzesse mit aktiv verursachte und nicht nur passiv zuließ. Die Feststellung, dass auch Stalin ein Produkt der (miserablen) Verhältnisse war, ist richtig und unter günstigeren Bedingungen hätte sich eine solche Alleinherrschaft vielleicht nicht etablieren können. Aber die Person Stalins löst sich nicht in den Verhältnissen auf. Er und nur er hat bei der schrittweisen Ausschaltung und später bei der Liquidierung und Ermordung seiner potentiellen Konkurrenten und bei der Inszenierung des Massenterrors im Hintergrund die Fäden gezogen. Dabei hat er, wie heute bekannt ist,



Bau des Fergana-Kanals, 1939



Arkadij Schajchet: Auf dem Weg zur Arbeit nach Moskau, 1926

jeweils die Repressionsschraube angezogen oder gelockert, wie es seinen taktischen Bedürfnissen entsprach.

Auch für eine nicht-kapitalistische Gesellschaft und auch für eine kommunistische Partei und ihre Mitglieder gilt der Satz: Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Welches Bewusstsein wird durch ein Sein bestimmt, das den Stalinischen Terror umfasst und gleichzeitig erhebliche Erfolge bei der Industrialisierung?

Auffallend ist, dass Überlegungen und theoretische Konzepte, die das in der SU Erreichte vorsichtig einschätzten, wie die zitierte Charakterisierung als „Anfänge eines Sozialismus“, innerhalb der SU und in der mit ihr eng verbundenen kommunistischen Bewegung praktisch keine Rolle spielten. Im Gegenteil, die gegebenen (aber unreifen, mangelhaften etc.) Verhältnisse wurden oft als vorbildlich hingestellt.

Diese Feststellung ist beileibe kein Nebenaspekt. Denn alle Hindernisse, ererbte oder neu entstandene, die

im Zuge einer Weiterentwicklung zum Sozialismus hätten überwunden werden müssen, hätten erst als solche erkannt und benannt werden müssen. Eine ungenügende (Selbst-)Einschätzung bei einer so zentralen Frage wie der, welcher Stand bei der Entwicklung zum Sozialismus bereits erreicht wurde, ist ein erhebliches Manko. Wenn die Einschätzung der Lage nicht angemessen ist, stellt das eine wesentliche Einschränkung der Analysefähigkeit dar. Eine falsche Bezugsbasis wird normalerweise weitere Fehler und falsche Ergebnisse nach sich ziehen.

Ein anderer entscheidender Punkt für die langfristig (ungünstige) Perspektive war die weitgehende Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie, also nicht nur der Demokratie in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der kommunistischen Partei. Diese setzte nach Lenins Tod ein und führte bis zur Alleinherrschaft Stalins. Diskussionen und Analyse waren nur noch im Einklang mit der von Stalin aktuell vorgegebenen Linie möglich. Auch

nach Stalins Tod und der Entstalinisierungsrede Chruschtschows blieb ein autoritäres Parteiverständnis erhalten. Nicht zuletzt hat mangelnde Offenheit und fehlende innerparteiliche Demokratie die Partei daran gehindert, rechtzeitig und angemessen auf veränderte Bedingungen zu reagieren. Opportunismus und Karrierismus nahmen bei den Kadern überhand.

Wie soll sich eine Initiative von unten entwickeln, wenn über Fehler nicht diskutiert werden kann, wenn der Anspruch erhoben wird, in der Vergangenheit im Prinzip alles richtig gemacht zu haben. Wenn Marxistische Theorie nicht dazu dient, die Lage ergebnisoffen zu analysieren, sondern oft dazu missbraucht wird, nachträglich irgendwelchen Entscheidungen ein entsprechendes Mäntelchen überzuhängen.

Der Mangel an kritischer Selbsteinschätzung ist in Kombination mit der fehlenden (oder verschwundenen) innerparteilichen Demokratie ein Schlüssel für die im Laufe der Geschichte zu beobachtende abneh-

mende Fähigkeit, aktiv als Kommunisten und nicht nur als Staat SU mit seinen staatlichen Interessen in das Geschehen einzugreifen. Das staatliche Handeln ist bedingt und getrieben durch die Interessen der Stabilisierung der herrschenden bürokratischen Schicht. Diese und der Staat waren zwar in gewisser Weise mit dem Sozialismus verbunden, weil die SU im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern stand. Aber selbstverständlich sind die beiden Interessen nicht gleichzusetzen.

Und nach 1990 hat sich dann auch gezeigt, dass vielen der leitenden Kader in Partei, Staat und Betrieben der Seitenwechsel zum eigenen Vorteil keine Schwierigkeiten bereite.

Es gibt eine Argumentationslinie, die unter Verweis auf die objektiven Bedingungen betont, dass die Entwicklungen in der SU ein notwendiges Zwischenstadium waren, das man zwar bedauern kann, das aber aufgrund der Verhältnisse unvermeidlich war. Dies nicht anzuerkennen, wäre letztlich eine Projektion von Wünschen auf Verhältnisse, die eben anders sind als wir sie sich uns wünschen. Diese Argumentation hat eine gewisse Berechtigung. Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass die ungünstigen Bedingungen in der Realität keine Auswirkungen haben. Es ist auch offensichtlich, dass es häufig Kritik an der SU gab und gibt, die mehr oder weniger unrealistisch, idealistisch oder rein moralisch motiviert ist. Gegen eine solche Kritik ist der Hinweis auf die Zwänge der Bedingungen berechtigt und sinnvoll.

Es besteht bei einer solcher Argumentation aber die Gefahr, das Reale mit (angeblichen) historischen Gesetzmäßigkeiten zu rechtfertigen, nur weil es real ist. Die Argumentation bleibt in einem Zirkelschluss gefangen. Das Reale war notwendig und unvermeidlich, weil es sich realisiert hat. Damit werden potentielle Alternativen und (vermeidbare) Fehler aus der Erörterung verdrängt oder ausgeschlossen.

Die Befürworter der Unvermeidlichkeit verkennen außerdem den häufig erheblichen, selbst-destruktiven Anteil der zur Debatte stehenden Politik. Damit ist gemeint, dass die angeblich notwendigen Maßnahmen letztlich keine Probleme lösten und

nicht, auch nicht langfristig, den Aufbau des Sozialismus förderten, sondern in Wirklichkeit die Grundlage für weitere Probleme schufen. Sie waren dann nicht notwendig im wortwörtlichen Sinne, indem sie die Not zum besseren wendeten, sondern trugen zu einer weiteren Verstrickung in die Misere bei.

War die Oktoberrevolution deshalb ein strategischer Fehler? Die Frage ist falsch gestellt. Die Geschichte ist grundsätzlich offen, weder war 1917 die zukünftige Entwicklung in Russland noch der Ausgang der Revolution in Deutschland und anderswo eindeutig festgelegt. Wir können erkennen, dass die Ereignisse, die dann wirklich eingetreten sind, auch objektive Grundlagen hatten und damit eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. Aber eben nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit und keine Vorbestimmtheit und kein festgelegtes Ergebnis.

Auch wenn jeder naive Anspruch auf eine nachträgliche „Korrektur“, im Sinne von „wenn damals eine andere Entscheidung getroffen worden wäre, wäre alles besser verlaufen“, abzulehnen ist, sollte dennoch daran festgehalten werden, Fehler Fehler, falsche Politik falsche Politik und Verbrechen Verbrechen zu nennen. Natürlich begibt man sich dadurch in ein Spannungsverhältnis zwischen zwei Linien der Argumentation. Einerseits ist das Herausarbeiten von objektiven Gegebenheiten, Zwängen etc., die selbstverständlich den Spielraum der Handelnden wesentlich einschränkten, nötig und zum Verständnis der Geschichte unverzichtbar. Andererseits gilt es jeden Anschein eines starren Determinismus zu vermeiden. Es geht darum, historische Ereignisse und Gegebenheiten zu erklären und Zusammenhänge aufzuzeigen. Was aber nicht notwendigerweise heißt, die Dinge zu rechtfertigen und auch nicht den Gang der Geschichte für alternativlos zu halten.

Kritik bezogen auf historische Ereignisse kann nur auf einem relativ abstrakten Niveau erfolgen. Wir können die Bedingungen analysieren und aufgetretene Widersprüche benennen. Wir können die Veränderungen der politischen Linie über die Zeit verfolgen und auf das Auseinanderklaffen von Anspruch und

Wirklichkeit hinweisen. Was wir auf keinen Fall zulassen dürfen, ist eine Beschönigung der Wirklichkeit oder ein Verdrängen von unangenehmen Wahrheiten. Alles Verdrängte wird irgendwann wieder aufbrechen und sich entsprechend negativ bemerkbar machen, mit entsprechend schädlichen Folgen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung. Es ist nicht unsere Aufgabe, nachträglich zu entscheiden, ob zum Zeitpunkt X der Weg A oder B besser gewesen wäre. Denn die Geschichte hat sich ereignet, es gibt keine Chance, sie noch einmal zu durchlaufen.

Wichtig sind die Schlüsse, die wir für die Zukunft daraus ziehen.

Literatur:

August Thalheimer, *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, Ein Versuch*, München 2008

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika

Im März dieses Jahres trafen sich in Mexiko Ciudad 150 linke Parteien und Organisationen aus 40 Ländern, zumeist aus Lateinamerika. Ein Tagesordnungspunkt des Seminars, das unter dem Thema „Die Parteien und die neue Gesellschaft“ stand, war die Erinnerung an den 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, der dieses Jahr ansteht. Bekanntgegeben wurde auch, dass das Forum Sao Paulo – die wichtigste gemeinsame Plattform der Linken Lateinamerikas – ein Komitee zur Vorbereitung des Jubiläums gebildet hat. Es sind also im Laufe des Jahres vielfältige Aktivitäten in den lateinamerikanischen Ländern zu erwarten. Und über die Organisationsfrage wie über die „neue Gesellschaft“ wurde in diesen 100 Jahren und wird immer noch auf dem Subkontinent erbittert gestritten.

Der Anspruch des vorliegenden Artikels kann nicht sein, die Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution auf Lateinamerika in allen Facetten zu beschreiben. Es kann nur um einige Aspekte gehen, die Anhaltspunkte für eine Weiterbeschäftigung liefern.

Wie war die Situation in Lateinamerika zu Beginn des 20. Jahrhunderts?

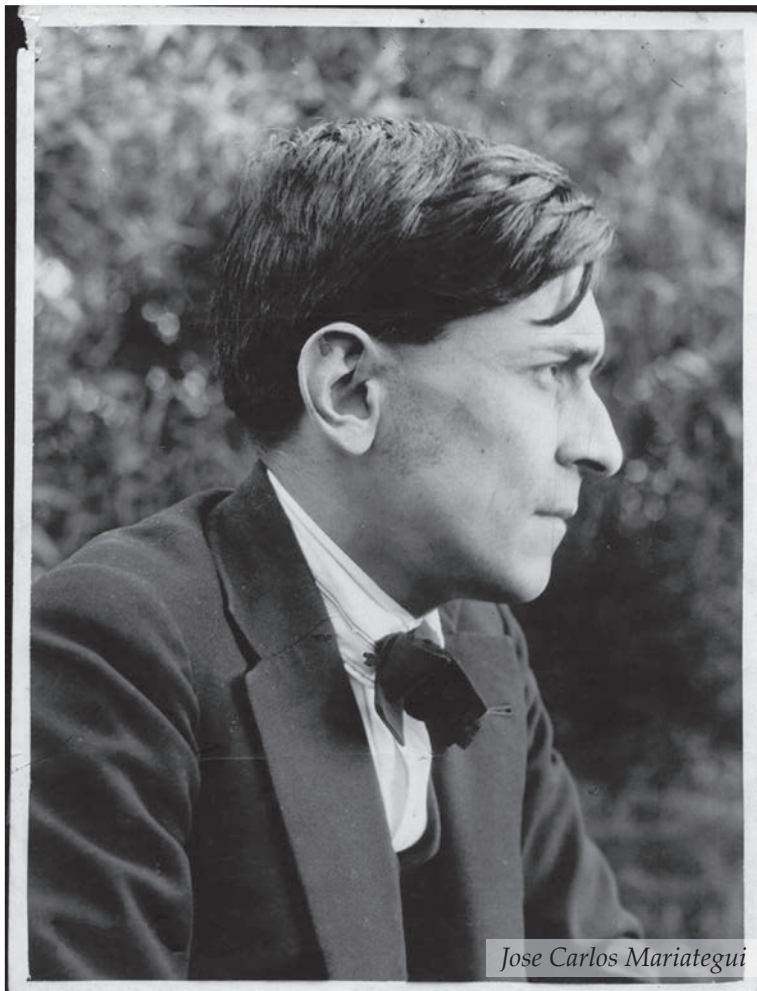
Bei der Eingliederung Lateinamerikas in den kapitalistischen Weltmarkt mussten sich die einzelnen Länder damit abfinden, als Lieferanten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen sowie von Abnehmern industrieller Erzeugnisse eine untergeordnete

Rolle zu spielen. Bis zum ersten Weltkrieg dominierte auf dem Subkontinent das englische Kapital, gefolgt vom französischen und deutschen. Noch waren die USA vor allem damit beschäftigt, in Zentralamerika die Einflussphäre auszudehnen. Darunter fallen etwa die Annexion von Texas 1845, das bis dahin zu Mexiko gehört hatte, und der Krieg zwischen den USA und Mexiko von 1846 bis 1848, infolgedessen Mexiko zwei Fünftel seines Territoriums abtreten musste. Um den Bau des Panamakanals abzusichern, erzwangen die USA 1903 die Lostrennung Panamas von Kolumbien. Aber nicht nur die USA waren zu dieser Zeit politisch und militärisch unterwegs, auch die europäischen, imperialistischen Mächte. Zu Beginn des Jahrhunderts – um nur ein Beispiel zu nennen – blockierten deut-

sche, englische und italienische Schiffe in trauter Eintracht die Seehäfen Venezuelas, um Schulden einzutreiben. Zwar waren die imperialistischen Mächte unerbittliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt, wenn es aber darum ging, widerspenstigen Nationen des Südens die Peitsche zu zeigen, war man auch zu gemeinsamen militärischen Aktionen bereit. Um die Jahrhundertwende setzte eine neue Welle der kapitalistischen Durchdringung des Subkontinents ein. Im Bergbau und in der Landwirtschaft wurden von den Konzernen große Betriebe gegründet, ebenso Banken. Weite Bereiche des Handels und des Verkehrs gingen in ausländische Hände über. Viele der strukturellen Probleme, mit denen sich heute die Länder des Subkontinents herumzuschlagen haben, sind in dieser Zeit grundgelegt worden, so z.B. die

Abhängigkeit vom Extraktivismus und von Monokulturen in der Landwirtschaft. Im ersten Weltkrieg verschärfen sich diese abhängigen Strukturen noch erheblich, da die kriegsführenden imperialistischen Mächte großen Bedarf an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten hatten. Nach dem Krieg verdrängten US-Konzerne zunehmend die europäische Konkurrenz und nahmen schon bald die führende Rolle ein.

Der peruanische Marxist Jose Carlos Mariategui – ich werde an anderer Stelle noch auf ihn zurückkommen – nannte es „Die stufenweise Überwindung der britischen durch die nordamerikanische Macht“ und erläuterte den Vorgang am Beispiel Perus mit einigen aussage-



Jose Carlos Mariategui

kräftigen Zahlen: „Der Export nach England, der 1898 56,7 % des Gesamtexports ausmachte, erreicht 1923 nur noch 33,2 %. In der gleichen Zeitspanne stieg der Export in die Vereinigten Staaten von 9,5 auf 39,7 %. Und diese Tendenz wurde beim Import noch deutlicher, denn während der Import aus den Vereinigten Staaten im besagten Zeitraum von 25 Jahren von 10,0 auf 38,9 % anwuchs, fiel derjenige aus Großbritannien von 44,7 auf 19,6 %.“ (JCM, 28) Die Begleitmusik für diese eher nüchternen Zahlen bestand in Staatsstreichen, Interventionen der beteiligten imperialistischen Mächte, verschärfter Ausbeutung und Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie, wie sie z.B. in der bürgerlich – demokratischen Revolution von 1910 bis 1917 in Mexiko zum Ausdruck kamen.

Gab es zu dieser Zeit Ansätze eines lateinamerikanischen Kommunismus?

Nicht zuletzt durch die Immigration aus südeuropäischen Ländern verfügte der Anarchosyndikalismus in Ländern des südlichen Lateinamerikas zu Beginn des 20. Jahrhunderts über großen Einfluss in der sich gerade formierenden Arbeiterbewegung. Um 1914 bestand fast die Hälfte der Einwohner von Buenos Aires aus Immigranten. In Brasilien war der Anteil zwar geringer, aber um 1920 stellten sie 51 Prozent der Industriearbeiterschaft und 58 Prozent der Transportarbeiter im Staate Sao Paulo. Aus ihren Herkunftsländern, vor allem aus Italien und Spanien, brachten sie anarchistische Ideen mit. Und da ihre Arbeits- und Lebensbedingungen in den Großstädten Argentiniens und Brasiliens erbärmlich waren, wandten sie sich dem Anarchosyndikalismus zu. „Der Anarchosyndikalismus war sozusagen der natürliche Ausdruck des damaligen lateinamerikanischen Proletariats, das sich in einer hoffnungslosen Lage befand.“ (BG, 60) Ihre Schwerpunkte hatten die Anarchosyndikalisten in den vielen kleinen Handwerksbetrieben, die in der Zeit der aufkommenden Industrialisierung und der damit verbundenen Entstehung von Großbetrieben eine existentielle Bedrohung sahen. Der Industrialisierungsschub, verbunden mit spektakulären Wachstumsraten der exportabhängigen Wirtschaft,

veranlasste die Lohnarbeiter*innen vor allem in den industriellen Zentren, ihre soziale Lage nicht mehr widerstandslos hinzunehmen. Die Unzufriedenheit wuchs, und mit ihr entwickelte sich Klassenbewusstsein. Dazu trug auch die Härte der Repression bei, mit der auf Arbeitskämpfe reagiert wurde. Um die Dimension der Repression durch ein Beispiel zu veranschaulichen: 1917 demonstrierten im chilenischen Iquique Nitratarbeiter zusammen mit ihren Familien für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Konflikt endete mit über tausend erschossenen Demonstrant*innen. Organisierte Arbeiter*innen hatten zu dieser Zeit auch kaum Möglichkeiten, ihre Lage auf parlamentarischem Weg zu verbessern. Das Wahlrecht war extrem eingeschränkt. In Brasilien musste man des Lesens und Schreibens mächtig sein, um das Wahlrecht ausüben zu können. Allerdings waren im Jahr 1920 drei Viertel der Bevölkerung Analphabeten. Veränderungen in den Ökonomien der Länder führten auch in Lateinamerika dazu, dass sich Zusammensetzung und Struktur der Arbeiterklasse veränderten. Die Exportindustrie war auf Bergleute, Eisenbahner und Hafentarbeiter angewiesen. Streiks in diesem Bereich waren sehr effektiv und konnten für die Kapitalisten schnell ans Eingemachte gehen. In den Schlüsselsektoren der Wirtschaft erwies sich die Taktik des Generalstreiks als Mittel der Klassensolidarität mit neuen Perspektiven. Allmählich wurden sozialistische Parteien gegründet, die aber vorerst nur in Argentinien und Chile, wenn auch sehr eingeschränkte, Erfolge vorweisen konnten. Gegen Ende des I. Weltkriegs verbesserten sich die Kampfbedingungen der Arbeiter, da Rohstoffe auf dem Weltmarkt stark nachgefragt wurden und dadurch die Arbeitslosigkeit zurückging. Es kam zu häufigeren Streiks und 1919 zu Generalstreiks in Argentinien, Peru und Brasilien. Über die revolutionären Ereignisse in Russland wurde in der Arbeiterpresse ausführlich berichtet. Mit Enthusiasmus feierte man auch die Eroberung der Staatsmacht durch die Bolschewiki. Argentinien hatte besondere Verbindungen zu Russland. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren immer wieder von Pogromen bedrohte Jüdinnen und Juden

in Argentinien eingewandert. Diese Gruppen waren in der Regel stark religiös geprägt. Erst die osteuropäisch-jüdischen Immigranten, die nach der Jahrhundertwende in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes gekommen waren, organisierten sich in politischen und sozialen Zusammenschlüssen. So z. B. in der Union Obrera Israelita, der Israelitischen Arbeiterunion. Da auch in Argentinien der Antisemitismus stark verbreitet war, wurden häufig Juden als soziale Unruhestifter betrachtet, ein Trend, der sich durch die russische Revolution noch verstärkte. Die Juden, die vor den Pogromen geflohen waren, wurden häufig pauschal als *rusos* bezeichnet, waren des Kommunismus verdächtig und nicht selten Opfer von Polizei und Mob. Während der argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 83 war der Anteil der Jüdinnen und Juden bei den *desaparecidos*, den sog. Verschwundenen, signifikant hoch.

Reformbewegung von 1918

Aber zurück in die Zeit nach dem I. Weltkrieg. Ausgehend von der argentinischen Universitätsstadt Cordoba, entwickelte sich eine Reformbewegung, die zunächst auf eine Universitätsreform abzielte und von Intellektuellen getragen wurde. Einige davon zählten später zu den Gründern von revolutionären Parteien in verschiedenen Ländern. So etwa Julio Antonio Mella, Mitbegründer der kommunistischen Partei Kubas und Jose Carlos Mariategui, der mit seiner Schrift „*Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen*“, zu den „ersten bedeutenden Marxisten Lateinamerikas“ (Vorwort zu JCM, 7) gezählt wird.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, vor allem die sich verschärfenden Klassenausschreitungen und die Impulse aus Russland ließen Fragen nach der Universitätsreform in den Hintergrund treten. Wichtiger wurden Organisationsfragen. Wie muss eine Partei beschaffen sein, damit sie revolutionäre Aufgaben erfolgreich bewältigen kann? Soll es eher eine sozialistische Partei sein, die auch Teile des fortschrittlichen Bürgertums einschließt oder eine Partei von Berufsrevolutionären, die sich am Modell der Bolschewiki

orientiert? Sozialistische oder kommunistische Partei? In der offiziellen Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion wird als erste kommunistische Partei Lateinamerikas die argentinische Internationale Sozialistische Partei genannt, „die aber erst 1920 die Bezeichnung kommunistisch erhielt“. (BG, 35) Wer erteilte dieser Partei das Prädikat, kommunistisch zu sein?

Die Kommunistische Internationale „entdeckt“ Lateinamerika

Es war die Kommunistische Internationale (Komintern, KI), die im März 1919 in Moskau gegründet worden war. Zur Problematik ist an anderer Stelle viel gesagt und geschrieben worden. Ich beschränke mich deshalb auf einige Aspekte des Einflusses der Komintern auf die Entwicklung in Lateinamerika. Schon im Gründungsjahr 1919 wurde von der KI-Führung der russische Revolutionär Michael Markowitsch Borodin (Grusenberg) nach Mexiko geschickt, um von dort aus Stützpunkte der Komintern in ganz Lateinamerika zu errichten. Er unterstützte nachhaltig die Gründung einer KP in Mexiko und war bemüht, Kontakte in verschiedene Ländern herzustellen und eine kontinentale kommunistische Konferenz zu organisieren. Diese Bemühungen erwiesen sich jedoch als erfolglos (JM, S.113f) Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass dieser verdiente Revolutionär, der auch in China tätig war, 1949 im Rahmen des Kampfes gegen das sog. Kosmopolitentum als „Feind der Sowjetunion“ zu Lagerhaft verurteilt wurde und zwei Jahre später in einem sibirischen Arbeitslager starb. Die Komintern entstand in einer Situation, in der die Perspektive einer proletarischen Weltrevolution für die Akteure nicht gänzlich unrealisierbar schien. Was Lateinamerika betrifft, stellte sich die Situation aber als unübersichtlich dar. Es fehlten belastbare Zahlen und Fakten. Boris Goldenberg stellt bei Zahlenangaben „Unstimmigkeiten und Widersprüche“

fest. Sie erklären sich, wie er bemerkt, „auch daraus, dass in etlichen Ländern des Erdteils kommunistische Parteien entstanden, die schon bald darauf wieder verschwanden und erst später neu konstituiert werden konnten – und nicht zuletzt daraus, dass Lateinamerika für die Komintern lange Jahre hindurch eine terra incognita war, zu der nur lockere Beziehungen unterhalten wurden.“ Bis 1924 hatte die Komintern nur mit Mexiko und Argentinien einigermaßen sichere Kontakte. Von den anderen kommunistischen Parteien wusste man in Moskau nur wenig und begriff kaum, was in ihnen vorging (BG, 35) Der Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), der russische Gewerkschafter Solomon Abramowitsch Losowski, soll offen eingestanden haben, er habe Lateinamerika erst Ende 1927 entdeckt. Und dabei sei Losowski, wie Goldenberg etwas süffisant anmerkt, mit einigen Eigenheiten der lateinamerikanischen Revolutionäre kon-

frontiert worden: „das reichlich vorhandene revolutionäre Temperament, aber auch die durchaus unterentwickelten organisatorischen Fähigkeiten, den Mangel an Disziplin und die Tatsache, dass revolutionäre Gewerkschafter weder konkrete Angaben über die Anzahl ihrer Mitglieder

machen konnten, noch zwischen denen unterschieden, die ihre Beiträge tatsächlich entrichteten, und jenen, die sie nicht bezahlten.“ (BG, 36) Zu Losowski wäre noch anzumerken, dass er, der ebenso wie Borodin aus einer jüdischen Familie stammte, auch 1949 verhaftet und 1952 unter dem Vorwurf der Spionage verurteilt und erschossen wurde. Was bezüglich der „Entdeckung“ für den Führer der Gewerkschaftsinternationale galt, traf mehr oder weniger auch auf die gesamte Komintern zu. Sie hatte bis 1927 andere Schwerpunkte: Europa, Naher und Ferner Osten. Um von Moskau aus nach Lateinamerika zu gelangen, war wochenlanges Reisen angesagt. Umwege waren zumeist erforderlich, was aber den damals omnipräsenten Geheimdienst der Briten nicht täuschen konnte. Er war immer auf dem Laufenden, wenn „Agenten“ der Komintern unterwegs waren. Die Nachrichten, die aus Lateinamerika nach Moskau gelan-

langen, dienten in der Regel nicht dazu, große Erwartungen über den Zustand der kommunistischen Zirkel und Parteien zu hegen. Anlässlich des IV. Weltkongresses der Komintern im Jahre 1922 wurden die Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien wie folgt angegeben: KP Argentinien 3500, KP Mexiko 1500, KP Brasilien 500, KP Chile 2000 und KP Uruguay 1000 Mitglieder. Bis zum V. Weltkongress 1924 reduzierten sich die vorher schon bescheidenen Zahlen auf z. B. 1000 bei der mexikanischen KP, auf 600 bei den uruguayischen Kommunisten und auf 350 bei der KP Brasiliens. Also eine ernüchternde Bilanz. Nachdem die mexikanische KI-Mission, wie bereits erwähnt, nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht hatte, sollte Argentinien für die KI in den Mittelpunkt rücken. Zu diesem Zweck wurde ein Büro der Komintern in Buenos Aires eingerichtet. Von hier aus sollte die kommunistische Bewegung im südlichen Lateinamerika aufgebaut und vernetzt werden. Eine bedeutende Rolle spielte dabei der Chilene Luis Emilio Recabarren, „der schon seit Jahrzehnten an der Spitze der Arbeiterbe-



frontiert worden: „das reichlich vorhandene revolutionäre Temperament, aber auch die durchaus unterentwickelten organisatorischen Fähigkeiten, den Mangel an Disziplin und die Tatsache, dass revolutionäre Gewerkschafter weder konkrete Angaben über die Anzahl ihrer Mitglieder

wegung seines Landes stand, 1912 in seiner Heimat den marxistisch orientierten Partido Obrero Socialista gegründet hatte und bei Kriegsende im argentinischen Exil lebte. Recabarren wurde 1918 zu einem der Mitbegründer und Führer des Partido Socialista Internacional Argentinien, stand danach in Montevideo (...) an der Wiege der 1920 gebildeten KP Uruguays und wurde darauf zum geistigen und politischen Haupt der sich formierenden kommunistischen Bewegung seines Landes, wo die Gründung der Partei und ihr Anschluss an die KI im Januar 1922 endgültig beschlossen wurde“. (JM, 136) Es würde zu weit führen, auf Debatten und Entwicklungen im Detail einzugehen, die in den zwanziger Jahren innerhalb der KPs Lateinamerikas von mehr oder weniger Bedeutung waren. Man war sehr von den Vorgaben abhängig, die vom EKKI, dem Exekutivkomitee der Komintern, in die einzelnen Sektionen weitergereicht wurden. Diese Vorgaben wurden im Laufe der Jahre immer verbindlicher, sozusagen zur Generallinie erklärt. Abweichungen wurden nicht geduldet. Um es an einem Beispiel zu erläutern: In den Jahren 1926/27 wurde in Moskau erwartet, dass sich ein anglo-amerikanischer Konflikt u. a. gegen die Sowjetunion und China richten würde, eine militärische Intervention unmittelbar zu erwarten sei, und deshalb die kommunistischen Parteien die Aufgabe hätten, den Kampf gegen den Imperialismus in das Zentrum ihrer Aktivitäten zu stellen. Die organisierten Arbeiter in Argentinien, Uruguay, Brasilien und Chile sollten mit dieser Begründung mittels Streiks den Export empfindlich stören, was sich aber als nicht durchführbar erwies und zur Isolierung der kommunistischen Bewegung beitrug (BG, 49) Die kommunistischen Parteien wären auch mit dieser Aufgabe überfordert gewesen, wenn man den Organisationsgrad und die Größenordnungen berücksichtigt. Dieses Problem sprach indirekt der Vertreter der KI auf der Konferenz von Buenos Aires 1929 an: *„Wir nehmen hier an einer kommunistischen Konferenz, aber nicht an einer Konferenz kommunistischer Parteien teil. Wenn wir Argentinien, Brasilien und Uruguay beiseitelassen, wo es bereits Parteien mit einer fast (!) formierten Organisation und Ideologie gibt (...), können wir behaupten, dass wir unsere Parteien erst schaffen müssen.“* (zit. nach BG, 37) So kam Boris Gol-

denberg berechtigterweise zu der Einschätzung: *„In Wirklichkeit muss man die Zeit von 1918 – 1928 als die Gründungs- und Kindheitsjahre des iberoamerikanischen Kommunismus ansehen.“* (a.a.O., 37) Also noch Ende der zwanziger Jahre, zehn Jahre nach Gründung der Komintern, kann nicht von entwickelten Strukturen der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika gesprochen werden. Im Jahr 1928 gehörten der Komintern 40 Parteien mit 1,6 Millionen Mitgliedern an, davon nur 445.000 außerhalb der Sowjetunion. Tragischer Weise setzte auch in den lateinamerikanischen Parteien mit einer gewissen Zeitverzögerung die Bolschewisierung der Komintern-Sektionen ein. Das war auch insofern fatal, weil sich zu dieser Zeit im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise auf dem Subkontinent bis dahin ungekannte Volksbewegungen entwickelten. Eine davon war die Bewegung, die unter Augusto Cesar Sandino, dem Sohn einer Plantagenbäuerin, gegen die US-Besatzung in Nicaragua kämpfte. Mit einer Truppe von Bergarbeitern begann er ab 1926 einen Guerillakrieg, der so erfolgreich verlief, dass die US-Truppen 1933 abgezogen. Sein entscheidender Fehler war allerdings die vorschnelle Entwaffnung seiner Armee, die letztlich zu seiner Ermordung durch den Oberkommandierenden der Nationalgarde, Anastasio Somoza Garcia, führte. Sandinos Bewegung war zuerst von den Kommunisten weltweit unterstützt worden. Später galt er als *„Verräter“*. Anstatt sich auf die neuen Volksbewegungen einzulassen, wa-

ren die KP-Strukturen unter Anleitung des EKKI längere Zeit damit beschäftigt, einen gnadenlosen Kampf gegen die sog. Rechtsgefahr und gegen die dabei besonders geächteten Versöhnler in den eigenen Reihen zu führen. Eigenständige Theorieansätze lateinamerikanischer Marxisten wurden verdammt und als Abweichung von der Generallinie verurteilt (so z. B. als *Mariateguismus* oder als *Recabarrenismus*). Als anzustrebendes Ziel wurde eine *„Arbeiter- und Bauernrevolution in Sowjetform“* verordnet. Dieses Konzept brachte die kommunistischen Parteien in Widerspruch zu den Volksbewegungen, deren Führer pauschal als Gegner betrachtet und nicht selten als Sozialfaschisten diffamiert wurden.

Der Schweizer Jules Humbert-Droz, im Präsidium des EKKI der Verantwortliche für Lateinamerika, war einerseits bemüht, die neue Linie der Komintern in seinem Verantwortungsbereich durchzusetzen – was blieb ihm auch anderes übrig – andererseits aber die schlimmsten Auswüchse zu verhindern. Er musste sich dafür von Stalin den Vorwurf gefallen lassen, er sei *„in den Sumpf des feigen Opportunismus geraten“*. (aus: *Stalin-Werke* Bd.11) Dass Humbert-Droz den Vorwurf physisch überlebt hat, ist – wie viele andere Beispiele zeigen – keine Selbstverständlichkeit. Jedenfalls führte Humbert-Droz innerhalb des ihm gesetzten engen Rahmens einen verzweifelten, aber letztlich nicht erfolgreichen Kampf um eine richtige Analyse der spezifischen lateinamerikanischen Prob-



Humbert Droz und Trotzki

lematiken: über die Beurteilung der Stellung der Region im damaligen Welt- und Wirtschaftssystem, die Einschätzung des Charakters der Abhängigkeit Lateinamerikas, die Frage der Halbkolonialität und die Bedeutung der Indigenität. Für eine gründliche Analyse dieser Fragen gab es keinen Spielraum. Organisatorische Konsequenzen waren angesagt. Die unter dem Dach der Komintern arbeitenden kommunistischen Parteien waren eurozentristisch, was in der Regel eine mechanische Übertragung einer Abfolge der ökonomischen Entwicklung (Feudalismus-Kapitalismus-Sozialismus) bedeutete. Der Peruaner Mariategui dagegen analysierte die lateinamerikanischen Gesellschaften differenzierter. Daraus leitete er u. a. ab, dass eine Zusammenarbeit mit der peruanischen Bourgeoisie keinen Sinn ergäbe, da diese unmittelbar mit dem Großgrundbesitz verbunden sei und sich den Interessen des ausländischen Kapitals unterordne. Er sah die Lösung in einer gleichzeitigen agrarischen, antiimperialistischen und antikapitalistischen Umwälzung. Dieses Konzept war ab Ende der zwanziger Jahre mit der Linie der Komintern nicht zu vereinbaren. Gefolgschaft und Unterordnungsbereitschaft wurden weitaus höher geschätzt als eigenständiges Denken. In Lateinamerika wurde die Mehrheit der KP-Führungen ausgewechselt. Parteiausschlüsse und -spaltungen führten zu einer Dezimierung des überschaubaren Mitgliederbestandes der kommunistischen Parteien. Klaus Meschkat, der sich seit langem ausführlich mit der Kominternpolitik in Lateinamerika beschäftigt, verweist auf Beispiele aus Kolumbien. Der Kolumbianer Ignacio Torres Giraldo, Mitglied der Führung der Revolutionären Sozialistischen Partei, hatte 1929 das Land wegen einer Repressionswelle verlassen müssen. Er war dann bis 1934 an der Leninschule in Moskau. Nach seiner Rückkehr wurde er noch im selben Jahr Generalsekretär der KP. Voraussetzung war die Distanzierung von einstigen Weggefährten und eine – noch in Moskau verfasste – entwürdigende Selbstkritik. Später verließ er die KP wieder. Einer seiner Vorgänger an der Spitze der KP, Guillermo Hernandez Rodriguez, von 1927 bis 1930 auf der Lenin Schule, war 1932 aus der Partei ausgeschlossen wor-

den. Die kolumbianische Partei hatte ihre Ursprünge in einer fast nur aus Intellektuellen bestehenden Gruppe, die ein aus Russland eingewanderter Schneider in Marxismus unterrichtet hatte. Noch ein Beispiel, wie damals kommunistische Parteien mit dissidenten Mitgliedern verfahren. Der österreichische Schriftsteller Erich Hackl erwähnt in einem Nachruf auf den argentinischen Kollegen Andres Rivera (1928-2016) folgende Episode: Rivera, aus einer klassenbewussten jüdischen Arbeiterfamilie stammend, hatte einen Onkel, der zweimal wegen des gleichen Delikts, nämlich Trotzkismus, aus der Kommunistischen Partei Argentiniens ausgeschlossen worden war. Rivera selbst, Redakteur der Parteizeitung, wurde später wegen prochinesischer Tendenzen ausgeschlossen. Sein Vergehen: Er widmete mehreren Freunden, die wegen dieses „Delikts“ ausgeschlossen worden waren, eine Erzählung. Das reichte, um gleich mit ausgeschlossen zu werden. Auf diese und ähnliche Art und Weise verloren die kommunistischen Parteien über die Jahrzehnte haufenweise Mitglieder, oftmals die kreativsten. Für Meschkat stellt sich die Frage: *„Wie war es möglich, dass aufrechte Kämpfer, die sich einst von der Hoffnung auf Überwindung kapitalistischer Barbarei leiten ließen, keine Kraft oder keinen Willen zum Widerstand gegen neue Formen despotischer Herrschaft aufgebracht haben und sich für die Errichtung der Festigung solcher Herrschaft instrumentalisierten ließen, bevor sie ihr oftmals selbst zum Opfer fielen?“* (K. Meschkat: *Die Komintern in Lateinamerika-Biographien als Schlüssel zum Verständnis einer Weltorganisation*)

Etwa mit Beginn der 30er Jahre wollte man in der Komintern-Zentrale in der Auswertung der Konferenz von Buenos Aires eine Konsolidierung der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika einleiten. Zu diesem Zweck wurde der KPD-Funktionär Arthur Ewert nach Buenos Aires bzw. Montevideo beordert. Ewert, der internationale Erfahrung besaß, da er bereits vor dem I. Weltkrieg mit seiner späteren Ehefrau Elise nach Kanada gegangen war und sich dort bei der Formierung der ersten kommunistischen Partei beteiligt hatte, war nach dem Krieg zurückgekehrt und bereits 1923 in den engeren Führungszirkel der KPD aufgerückt. Er war, will man



Arthur Ewert

der Einschätzung seines Biographen Ronald Friedmann folgen, *„ein engagierter und zuverlässiger Verbündeter Thälmanns“* gewesen, habe aber nach der Wittorf-Affäre 1928 *„als sogenannter Versöhler den Widerstand gegen den (...) ultralinken Kurs der KPD organisiert und geführt“*. (RF, 10) 1930 hatte er Deutschland verlassen und sollte erst 1947 unter dramatischen Umständen zurückkehren. Von Montevideo aus musste Ewert nach den Vorgaben aus Moskau die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien der Region organisieren. Dies erfolgte u. a. mittels der Zeitschrift *Revista Comunista*, die an der kurzen Leine des EKKI hing. Ein zweiter Schwerpunkt seiner Tätigkeit war die Berichterstattung über die politische, ökonomische und soziale Entwicklung in den Ländern Südamerikas. Schließlich hatte er auch den Aufbau eines länderübergreifenden Systems der politischen Aus- und Weiterbildung von Mitgliedern und vor allem Funktionären der KPs in Angriff zu nehmen. Dazu gehörte die Auswahl und Entsendung von Schülern an die Internationale Leninschule in Moskau.

Lateinamerikaner mit Bezug zur Komintern.

Inzwischen weiß man aus vorhandenen Akten, wie groß die Zahl von Lateinamerikanern war, die einen unmittelbaren Bezug zur Komintern hatten, und aus welchen Ländern sie kamen. Insgesamt waren es 501. Mit 119 lagen die Argentinier an der Spitze. 90

kamen aus Mexiko. Diese Zahlen belegen, dass die beiden Länder für die Arbeit der Komintern die größte Bedeutung hatten. Das kleine Uruguay war mit 32, Kolumbien mit 34, Kuba mit 49 und Chile mit 17 beteiligt. Von den 501 Personen, die namentlich erfasst sind, waren 452 Männer und nur 30 Frauen. Bei den Leitungskadern der Komintern, deren Gesamtzahl bei 556 lag, waren Lateinamerikaner mit 27 vertreten. Während Funktionäre der Komintern mit Hochschulbildung überrepräsentiert waren, hatte bei den Lateinamerikanern die größte Gruppe nur Grundschulbildung. Da die Tätigkeit der Komintern in Lateinamerika unter den Regeln der Klandestinität zu erfolgen hatte, ist es nicht immer leicht, Personen zu identifizieren und Zahlenangaben zu verifizieren. Von 153 Lateinamerikanern weiß man allerdings, dass sie auf Kaderschulen der Komintern waren, davon 122 auf der Internationalen Leninschule, die zwischen 1926 und 1938 von etwa 3500 Kommunistinnen und Kommunisten aus 60 Ländern besucht worden war. Etwa 400 kamen aus Deutschland. In die Heimat zurückgekehrt, übernahmen viele dieser Kader Leitungsfunktionen. Manche nur wenige Jahre, weil sie wegen einer in Moskau dekretierten Richtungsänderung den neuen Anforderungen nicht mehr genügten oder sich nicht rechtzeitig umstellen konnten oder wollten.

Zurück zu den Ewerts.

Im Mai 1932 wurden Arthur und Elise Ewert überraschend vom Exekutivkomitee der Komintern für einen Einsatz nach China abberufen. Über die Gründe ist laut Friedmann nichts bekannt. Im Herbst 1934 erfolgte die Rückkehr nach Montevideo. Dazwischen lag die Machtübergabe in Deutschland an die Nazis. Arthur Ewerts neue Aufgabe als Leiter des Südamerikanischen Büros wurde die Durchsetzung der Konzeption einer breiten Volksfrontbewegung statt Klasse gegen Klasse. „Die ultralinke Periode war offiziell beendet“ (BG, 85). Im März 1935 verlegte man das Südamerikanische Büro nach Rio de Janeiro. Die Ewerts gingen mit, nunmehr als Berater der Kommunistischen Partei Brasiliens (KPB) und des legendären Luis Carlos Prestes. Zu dieser Zeit

gewann man auch in Moskau den Eindruck, in Brasilien sei die Zeit reif für einen Aufstand, bei dem Prestes eine zentrale Rolle zugeordnet war. Der Aufstand, der am 23. November durch Unteroffiziere in Natal ausgelöst worden war, scheiterte innerhalb von drei Tagen. Zehntausende Menschen wurden verhaftet, die KP Brasiliens faktisch zerschlagen. Arthur und Elise Ewert konnten sich der Verhaftung nicht entziehen, ebenso L. C. Prestes und seine Frau Olga Benario Prestes. Elise Ewert wurde 1936 nach Deutschland ausgeliefert und zusammen mit Olga Benario im KZ Lichtenburg bei Torgau in Haft gehalten. Elise Ewert kam 1939 ins KZ Ravensbrück und erlag dort mit 52 Jahren den unmenschlichen Haftbedingungen. Olga Benario wurde im April 1942 in Bernburg mit Kohlenmonoxid ermordet. Arthur Ewert konnte erst im Mai 1945 durch den unermüdlichen Einsatz seiner Schwester Minna aus der Gefangenschaft befreit und in die sowjetische Besatzungszone gebracht werden. Während seiner Gefangenschaft war er so bestialisch gefoltert worden, dass er den Verstand verlor und seine letzten Lebensjahre in einem Pflegeheim verbringen musste. Dort starb er 1959. Für die Folterungen der beiden Ewerts war Filinto Müller, der deutschstämmige Polizeipräsident von Rio de Janeiro, verantwortlich gewesen. Er erhielt 1960 von der BRD das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. In der DDR schützte Arthur Ewert sein geistiger Zustand vor Nachstellungen der eigenen Genossen. Noch 1955 war in einer Dissertation an der Parteihochschule zu lesen, wer für frühere Misserfolge der KPD verantwortlich sei, „...weil die Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Partei, die Levi, Brandler, Thalheimer, Fischer, Maslow, Ewert (!) und andere – die Ultralinken, Rechten und Versöhner –, den Kampf der Partei hemmten“. (RF, 423) Ob Arthur Ewert, wenn er nicht in Brasilien in Gefangenschaft gewesen wäre, die „Säuberungen“ in der SU überlebt hätte, ist zu bezweifeln. Was Stalin von der Komintern hielt, ist einer Äußerung zu entnehmen, die er im Februar 1937 gegenüber Georgi Dimitroff, dem Generalsekretär der Komintern gemacht hatte: „Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände.“ Bei einer anschließenden

„Überprüfung“ wurden von den etwa 375 leitenden Funktionären etwa 150 verhaftet und erschossen bzw. in ein Straflager gebracht, das nur wenige überlebten. Die Komintern selbst existierte noch bis Mitte 1943. Der Auflösungsbeschluss des EKKI soll von Stalin veranlasst worden sein. Für die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika hatte die Auflösung der Kommunistischen Internationale kaum Auswirkungen. Die positiven Impulse der russischen Oktoberrevolution gehörten längst der Vergangenheit an. Der II. Weltkrieg rückte die Bedeutung des Subkontinents in den Hintergrund. Im Anschluss daran bestimmte schon bald der sog. Kalte Krieg die Weltpolitik und beendete die kurze Periode des Aufbruchs nach Stalins Ableben und dem XX. Parteitag der KPdSU. Erst die kubanische Revolution rückte Lateinamerika wieder ins öffentliche Bewusstsein. Den Subkontinent erfasste im Anschluss daran eine revolutionäre Euphorie, die mit dem Namen des Argentiniers Ernesto Che Guevara verbunden war. Es waren nicht die mit Moskau verbundenen traditionellen marxistisch-leninistischen Parteien, die in den Jahrzehnten nach der kubanischen Revolution den Ansturm bewirkten.

Und heute?

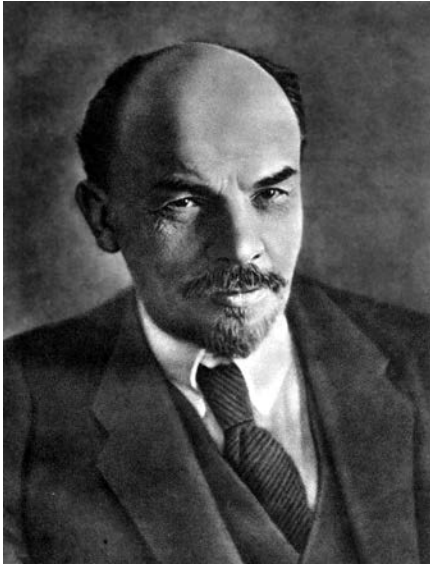
Der früh verstorbene Historiker und Lateinamerikaforscher Jürgen Mothes, schrieb vor gut 20 Jahren, was auch heute noch gelten dürfte: „Neue Linke werden – heutzutage – wohl ganz andere Wege gehen müssen! ‚Aufgearbeitet‘, ‚bewältigt‘ oder gar ‚ausgestanden‘ ist die ganze Geschichte noch gar nicht! Vielleicht fängt sie gerade erst an.“
hd, 2. Juni 17

Zitate aus:

- (BG) Boris Goldenberg: *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart, 1971
- (RF) Ronald Friedmann: *Arthur Ewert Revolutionär auf drei Kontinenten*, Berlin, 2015
- (JM) Jürgen Mothes: *Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution“*, Berlin 2010
- (JCM) Jose Carlos Mariategui: *Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen*, Berlin, 1986

Zur Diskussion

Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen



Eine der Säulen bolschewistischer Politik unmittelbar nach der Machtergreifung im Oktober 1917 war eine radikal andere Außenpolitik. In den zwei, unmittelbar nach der Machtergreifung verkündeten Dekreten „Über den Frieden“ und „Über die Rechte der Völker Russlands“ waren neben dem Aufruf zu einem sofortigen Waffenstillstand und Frieden die Ankündigung der Veröffentlichung und Verurteilung der Geheimdiplomatie die Umsetzung der Leninschen Konzeptionen des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Kernpunkte. So heißt es im „Dekret über den Frieden“ z.B.:

„Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsch - gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde - das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung

der Truppen der annektierenden oder überhaupt der stärkeren Nation in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.“

Und im Beschluss vom 2. November 1917 „Über die Rechte der Völker Russlands“ wird erklärt: „... hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, folgende Prinzipien zur Grundlage seiner Tätigkeit hinsichtlich der Nationalitäten Rußlands zu machen:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen.
4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen.

Die daraus resultierenden konkreten Dekrete werden unmittelbar nach der Bildung einer Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet.“

Unterzeichner des Auftrages war neben Lenin der Volkskommissar für nationale Angelegenheiten – Josef Stalin. Wie Letzterer diese Aufgabe angeht kann und muss hier nicht vertieft werden. Für Lenin jedenfalls zeigte sich gegen Ende seines politisch aktiven Lebens (Oktober 1922 – März 1923), dass Stalin die in diesen Dekreten vorgegebene strategische Orientierung nicht umsetzen würde und eine Gefahr für den Sozialismus in der UdSSR war.

Der Konflikt Lenins mit Stalin ist vielen Linken und Kommunisten nicht völlig unbekannt, aber nur Wenige kennen das konkrete Ausmaß

und den zentralen Kern und die Tiefe dieses Widerspruchs und Kampfes, den Lenin letztlich verlor. Das mag sicherlich auch daran liegen, dass darüber unter Stalins Führung Mäntel des Schweigens gelegt wurden – selbst das sogenannte „Testament“ Lenins galt nach dem 13. Parteitag im Mai 1924 als „geheim zu halten“. Und nach Stalins Tod wurden zwar viele aufklärende Dokumente zu diesem Kampf Lenins gegen Stalin veröffentlicht, nicht jedoch unter Chruschtschow und noch weniger unter Breschnew mit einer Korrektur eben derjenigen politischen Linie verbunden, der Lenin Anfang Oktober 1922 „den Kampf auf Leben und Tod“ ansagte.

Dieser Kampf, von dem Lenin in einer Notiz für das Politbüro der KPR am 6. Oktober 1922 schrieb, auf der die Gründung der UdSSR zur Entscheidung stand, galt dem „Russischen Großmachtchauvinismus“. Für Lenin ergab sich die Haltung gegenüber den an der Gründung der UdSSR beteiligten Nationen und Staaten aus seiner Grundhaltung zum Recht auf Selbstbestimmung der Nationen und deren völlig gleichberechtigtem und demokratischem Umgang miteinander. Ende September 1922 formulierte er das zentrale Anliegen in einem Schreiben an Kamenew dementsprechend: „Wir betrachten uns und die Ukrainische SSR u. a. als gleichberechtigt, und wir werden zusammen und auf gleichem Fuße mit ihnen der neuen Union, der neuen Föderation, der ‚Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens‘ beitreten.“

Stalin hatte dazu im August 1922 einer Vorbereitungskommission einen völlig entgegengesetzten „Autonomisierungsplan“ vorgelegt. „Stalin wollte die staatlich selbständigen Sowjetrepubliken zu autonomen Sowjetrepubliken degradieren. Er machte praktisch keinen Unterschied zwischen einer staatlich selbständigen und einer autonomen Republik. Stalins ‚Autonomisierungsplan‘ war ein ungeschminkter großrussischer Plan der Einverleibung der schwächeren,

1– Diese historische Darstellung des Kampfes von Lenin gegen Stalin ist eine der genauesten und sorgfältigsten Analysen. ‚Dershimorda‘ heisst auf Deutsch: ‚Halt die Schnauze‘; ein brüllender, schlägernder Polizist in Gogols ‚Revisor‘ trägt diesen Namen. Lenin benutzte den Begriff selbst immer wieder als Symbol großrussischen chauvinistischen Auftretens.

nichtrussischen Randrepubliken in die Zentralmacht Russische Sowjetrepublik. Nicht von ungefähr sah sein Entwurf nur den ‚Eintritt‘, aber nicht das Recht auf Austritt vor. In Paragraph 2 schlug Stalin offen die Ausdehnung der Kompetenzen der Regierungsorgane der RSFSR auf die nationalen Republiken vor. Motto: Wir befehlen und ihr müsst gehorchen.“ (M. Clemens – Dershimorda¹ – München 1990). Lenins Konzeption war für Stalin nur „nationaler Liberalismus“, wie er in einer Vorlage für die ZK-Sitzung am 6.10.1922 schrieb – ein offenkundiger Fehdehandschuh in dieser Frage.

Lenin gelang es in wichtigen Punkten, seine Vorstellungen im Statut und bei der Gründung der UdSSR durchzusetzen. Aber Stalins Einfluss in der praktischen Umsetzung und seine öffentlich bekundete Haltung „mit glühendem Eisen die nationalistische Stimmungen ausbrennen“ (was Lenin nach Aussage seiner Sekretärin als Erscheinung großrussischen Chauvinismus in Empörung versetzte) waren dadurch nicht wirklich behindert. Eines der ersten Beispiele dafür war die Unterdrückung der georgischen KP-Führung um Mdiwane, als und weil diese die Forderung stellte, dass Georgien als selbständige Republik der UdSSR beitreten solle und nicht lediglich als Teil der Anfang 1922 zusammen mit Armenien und Aserbaidschan gebildeten Transkaukasischen Sowjetrepublik.

Dieser Forderung standen vor allem Stalin und Ordshonikidse entgegen, die den Kurs des „Ausbrennens“ führten. Im Oktober und November 1922 kam es deshalb zu heftigen Beschwerden der georgischen Bolsche-

wiken, die noch zunahmen, als Stalin und Ordshonikidse Ende Oktober 1922 eine günstige Gelegenheit ergriffen und das ganze ZK der KP Georgiens auswechselten. Es gab hitzige Diskussionen und „Im Verlauf einer dieser Auseinandersetzungen verlor Ordshonikidse die Nerven. Er gab einem Parteigänger von Mdiwani, dem Parteimitglied Kabanidse, eine Ohrfeige. Das passierte um den 20. November 1922 herum, in Ordshonikidses Wohnung, bei Anwesenheit von Rykow, Mitglied des Politbüros der KPR(B) und einer der Stellvertreter Lenins.“ (M. Clemens – Dershimorda) Da dies alles Lenin trotz seiner Krankheit nicht verborgen blieb, ließ er sich Anfang Dezember 1922 von Rykow und Dzierzynski (beide waren u. a. mit einer Untersuchung der Vorgänge und der georgischen Beschwerden beauftragt) mündlich informieren. Was er wahrnahm, erfüllte ihn mit großer Sorge (LW EBII – Tagebuch).

Wegen erneuter Schlaganfälle und weil die Bereitstellung der Unterlagen der Untersuchungskommission in dieser Sache bis in die zweite Hälfte des Januars 1923 dauerte, griff Lenin das Thema der „georgischen Frage“ erst wieder am 24. Januar auf. Er veranlasste, dass ihm die Untersuchungsunterlagen ausgehändigt wurden und beauftragte seine SekretärInnen Anfang Februar mit einer eigenen Überprüfung. Den offiziell Beauftragten traute er schon nicht mehr, bezeichnete seinen eigenen Untersuchungsauftrag als „konspirative Sache“. Insbesondere traute er Stalin nicht mehr. Deshalb versuchte er, Trotzki auf dem anstehenden Parteitag Ende März 1923 als Unterstützer im Kampf gegen die Dershimorda

Stalin, Ordshonikidse und Dzierzynski zu gewinnen. Er schrieb im Brief vom 5.3.1923:

„Werter Gen. Trotzki! Streng vertraulich. Persönlich.

Ich möchte Sie bitten, die Verteidigung der georgischen Angelegenheit vor dem ZK zu übernehmen. Diese Sache wird gegenwärtig von Stalin und Dzierzynski ‚verfolgt‘, und ich kann mich auf deren Unvoreingenommenheit nicht verlassen. Sogar ganz im Gegenteil. Wenn Sie einverstanden wären, die Verteidigung zu übernehmen, dann könnte ich ruhig sein. Sollten Sie aus irgendeinem Grund nicht einverstanden sein, dann schicken Sie mir das ganze Material zurück. Ich werde das als Zeichen Ihrer Ablehnung betrachten.

Mit bestem kameradschaftlichem Gruß, Lenin“

Lenins Zielsetzung wird ganz deutlich, wenn man weiß, dass zu dem „Material“ sein bisher von ihm geheim gehaltenes Diktat vom 23./24. Dezember „ZUR FRAGE DER NATIONALITÄTEN ODER DER ‚AUTONOMISIERUNG‘“ gehörte, das er für eben den Parteitag vorbereitet hatte, und das eine einzige Anklage gegen die oben genannten drei Dershimorda darstellt. Wie Trotzki später andeutete, zielte Lenin dabei nicht nur gegen deren großrussisch chauvinistische politische Linie, sondern auf deren Absetzung (Ordshonikidse müsse man sogar mindestens für zwei Jahre aus der Partei ausschließen).

Allein - Trotzki versagte auf dem 13. Parteitag der KPR völlig vor dieser ihm aufgetragenen Verantwortung, Lenin war nach einem neuen heftigen Schlaganfall am 8. März und bis zu seinem Tode nicht mehr politisch handlungsfähig. Stalin siegte danach auf dem Parteitag über den „nationalen Liberalismus“ Lenins und über die von Lenin noch in seinem überhaupt letzten politischen Schreiben unterstützte georgische ZK-Minderheit um Mdiwani:

„Streng vertraulich

An die Genossen Mdiwani, Macharadse und andere

Kopie an die Genossen Trotzki und Kamenew

Werte Genossen!

Von ganzem Herzen verfolge ich ihre Angelegenheit. Ich bin empört über die Grobheit Ordshonikidses und über die Nachsicht von Stalin und Dzierzynski.

Anzeige

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition
1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der
Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen
Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Ich bereite für Sie Briefe und eine Rede vor.

6. März 23 Hochachtungsvoll Lenin“

Weitsicht neu auszurichten und fortzuentwickeln.

Wie dringend dies ist, zeigt das Verhalten weiter Teile der Linken in



Georgij Zelma: Ziviltrauung 1925 in Mittelasien

Stalin und seine Nachfolger haben bis zur Liquidierung der UdSSR durch Gorbatschow und Jelzin im Grundsatz an der von Lenin so tiefgehend und leidenschaftlich bekämpften Großmachtspolitik in der Frage der Behandlung von Nationalitäten und anderen Staaten in ihrem Einflussbereich festgehalten und für die kommunistische Weltbewegung dadurch Verheerendes bewirkt, was selbst durch unbestreitbare Erfolge in Summe nicht ausgeglichen wurde, wie die geschichtlichen Ergebnisse zeigen.

Es ist heute für die Kommunisten nicht nur historisch wichtig und notwendig, sich dieser Verwerfungen im Allgemeinen bewusst zu sein. Vielmehr noch gilt es den eigenen politischen Standpunkt in dem Verhältnis zwischen Staat und Nation auf der Basis des Kapitalismus und des kapitalistischen Imperialismus anknüpfend an Lenins Haltung und

Deutschland, in Europa – ja in aller Welt in ihren Stellungnahmen zur Ukraine-Krise, insbesondere hinsichtlich des Konfliktes der Ukraine mit der Russischen Föderation (RF) und des Kriegs in Syrien seit 2011. Forderungen nach Nichteinmischung aller Staaten in die inneren Angelegenheiten der Ukraine kommen fast nicht vor, ebenso wenig die nach Beendigung der Sanktionen, der militärischen Infiltration und der Anstrengungen ausländischer Staaten zur Durchsetzung eines „Machtwechsels“ in Syrien. Haltungen, die dem Herangehen Lenins in der Frage der Beziehungen der Länder der Welt völlig entgegen stehen.

Im Jahre 1920, also in der Zeit der allmählichen Festigung der jungen Sowjetunion im Krieg gegen die Intervention und die Reste der zaristischen Militärgruppen, gab Lenin uns eine sehr komprimierte und die politische Seite betonende Definition dessen, was (kapitalistischer)

Imperialismus ist. Er sagte: „Was ist eigentlich Imperialismus? Es ist Imperialismus, wenn einige der reichsten Staaten die ganze Welt unterdrücken, wenn sie wissen, dass sie anderthalb Milliarden Menschen in der ganzen Welt beherrschen, wenn sie sie unterdrücken, und wenn diese anderthalb Milliarden Menschen spüren, was englische Kultur, französische Kultur und amerikanische [also imperialistische] Zivilisation heißt, nämlich: rauben, jeder so gut er kann.“² Rauben, sich auf Kosten anderer Staaten bereichern – das ist der Zweck. Beherrschen, unterdrücken, regionale oder weltweite Hegemonie – das ist die Politik zur Verwirklichung des Zwecks.

Derzeit bestehen auf der Erde 193 allgemein anerkannten Staaten, die zwar alle eine unterschiedliche Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte haben, jedoch in jedem Fall diese Gemeinsamkeiten haben:

1. ein (im Wesentlichen) zusammenhängendes Staatsterritorium mit möglichst genau definierten Grenzen
2. ein Staatsvolk
3. eine Staatsmacht, die in der Klassengesellschaft stets von einer Klasse bzw. einer ihrer Fraktionen dominiert wird, und die die innere Verwaltung aber auch die Außenbeziehungen mit Gesetzen, Verfassungen u.ä., sowie mit entsprechenden Strukturen und Organen organisiert
4. eine militärische Organisation zur Verteidigung, Absicherung der Klassenherrschaft oder zur Durchsetzung eigener Interessen gegenüber anderen Staaten.

Als geschichtliche und gesellschaftliche Realität muss heute mit einer großen Vielfalt von Staaten gelebt werden. Da gibt es große – USA, Russland, China, Indien – und ganz kleine – Schweiz, Haiti, Sri Lanka, Slowenien. Da gibt es lange schon bestehende – Frankreich, England, China, Russland – und ganz junge und erst vor kurzem gegründete – Kroatien, Eritrea, Israel, Angola, Südsudan. Es gibt Vielvölkerstaaten – China, Indien, Brasilien – und wenige Staaten mit relativ homogener ethnischer Bevölkerung – Deutschland, Italien, Polen. Und es gibt sehr große Unterschiede in der wirtschaftlichen Stärke. Gegenüber dem Stand von 1916 ist zu vermerken, dass vor allem aus der Auflösung der Kolonialreiche von England, Frankreich und Portugal

2– „Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongress der werktätigen Kosaken“ am 1. März 1920; Lenin Werke Bd. 30

neue Staaten entstanden sind, und dass sich der Kapitalismus weltweit sehr unterschiedlich in den jetzt etwa 190 Staaten entwickelt hat.

Es ist offensichtlich, dass diese „Internationale Gemeinschaft“ von Staaten ein gewaltiges Potenzial für Konflikte zwischen den Staaten besitzt. Und das „Rauben, Unterdrücken und das regionale oder globale Beherrschen“ im Sinne der zitierten Aussage Lenins ist ganz entsprechend vielfältig:

- Streit und Kampf um die Ausnutzung von Naturressourcen
- Annektionen von Territorium der Nachbarn (Golan, Elsass-Lothringen, Finnland 1939/40)
- Zerstörungs- und Vernichtungskriege (2. Weltkrieg Deutschlands und Japans)
- Kriege für Regime-Wechsel (Irak 2003, Libyen 2011, Korea 1950)
- Ungleiche Wirtschaftsverträge (mit Kolonien, mit Kleinstaaten)
- Ausnutzung in ungleichen Bündnissen (EU, TTIP)
- Infiltration zur Destabilisierung (Laos 1963, Syrien und Ukraine derzeit)
- Zerschlagung und Teilung (Jugoslawien 1998, Polen 1939)

Anzeige

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

- Einsatz von 5. Kolonnen (div. NGOs, USAID)
- Vertreibungen (Israel)

Und diese Liste ist sicher erweiterbar und könnte in beliebigem Umfang mit Einzelheiten anschaulich gemacht werden.

Wir Kommunisten sind der Ansicht – und alle Fakten stützen dies – dass erst mit der Überwindung des kapitalistischen Imperialismus und mit dem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab die skizzierten Konflikte ihre Grundlage verlieren können. Dennoch bedeutet das nicht, dass es aussichtslos ist, bereits vorher diese Konflikte einzudämmen, zu verhindern und zumindest zu begrenzen. Umso mehr, als es durchaus Staaten gibt, die aus Eigeninteresse an einem friedlichen und freundschaftlichen Umgang der Staaten miteinander interessiert sind.

Ein erstes – sehr eindrucksvolles – praktisches Beispiel einer anderen, nicht imperialistischen Außenpolitik setzte das noch ganz junge Sowjetrussland. Lenin beschrieb diese von ihm persönlich am heftigsten vertretene Politik so: [Man versuchte], „alle diese kleinen Staaten zum Kampf gegen die Bolschewiki zu treiben. Aber das scheiterte zweimal, denn die Friedenspolitik der Bolschewiki erwies sich als ernst gemeint und wurde von ihren Feinden für aufrichtiger gehalten als die Friedenspolitik aller übrigen Länder; und eine ganze Reihe von Ländern sagte sich: Wie sehr wir auch jenes Großrussland, das uns unterdrückt hat, hassen, so wissen wir doch, dass es Judenitsch, Koltshak und Denikin waren, die uns unterdrückt haben, und nicht die Bolschewiki. Das frühere Oberhaupt der weißgardistischen finnischen Regierung hat nicht vergessen, dass es im November 1917 persönlich aus meinen Händen das Dokument entgegennahm, in dem wir ohne den geringsten Vorbehalt erklärten, dass wir die Unabhängigkeit Finnlands bedingungslos anerkennen. Damals schien das eine bloße Geste zu sein. Man glaubte, der Aufstand der Arbeiter Finnlands werde das vergessen machen. Nein, solche Dinge geraten nicht in Vergessenheit, wenn sie durch die ganze Politik einer bestimmten Partei bestätigt werden. Und sogar die finnische bürgerliche Regierung erklärte: „Überlegen wir

einmal: Wir haben in den 150 Jahren der Unterdrückung durch die russischen Zaren immerhin manches gelernt. Wenn wir gegen die Bolschewiki kämpfen, so helfen wir damit Judenitsch, Koltshak und Denikin in den Sattel. Wer aber sind diese Herrschaften? Kennen wir sie etwa nicht? Sind das nicht dieselben zaristischen Generale, die Finnland, Lettland, Polen und eine ganze Reihe anderer Völker unterdrückt haben? Und wir sollen diesen unseren Feinden gegen die Bolschewiki beistehen? Nein, warten wir ab.“

Sie wagten es nicht, direkt abzulehnen: denn sie sind abhängig von der Entente. Sie unterstützten uns nicht direkt, sie warteten ab, schoben die Sache hinaus, schrieben Noten, schickten Delegationen, setzten Kommissionen ein, nahmen teil an Konferenzen und – konferierten so lange, bis Judenitsch, Koltshak und Denikin geschlagen waren und die Entente auch die zweite Kampagne verloren hatte. Wir waren die Sieger geblieben.

Wenn alle diese kleinen Staaten gegen uns marschiert wären – und man hatte ihnen Hunderte Millionen Dollar, die besten Kanonen und Waffen gegeben, sie verfügten über englische Instrukteure mit Kriegserfahrungen –, wenn sie gegen uns marschiert wären, so hätten wir zweifelsohne eine Niederlage erlitten. Das ist jedem vollkommen klar. Aber sie marschierten nicht, weil sie zugeben mussten, dass die Bolschewiki ehrlicher waren als die anderen. Wenn die Bolschewiki erklären, dass sie die Unabhängigkeit eines jeden Volkes anerkennen, dass das zaristische Russland auf der Unterdrückung anderer Völker aufgebaut war und dass die Bolschewiki niemals für diese Politik eingetreten sind, eintreten oder jemals eintreten werden, dass sie niemals einen Krieg zur Unterdrückung eines Volkes führen werden – wenn sie das sagen, schenkt man ihnen Glauben. Das haben wir nicht von den lettischen oder polnischen Bolschewiki, sondern von der polnischen, lettischen, ukrainischen usw. Bourgeoisie erfahren.“³

Lenin befand sich mit der von ihm betriebenen Außenpolitik ganz auf der bereits von Karl Marx 1864 in der Inauguraladresse zu Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation formulierten strategischen Grundlinie: „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie [kann

3– „Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongress der werktätigen Kosaken“ am 1. März 1920; Lenin Werke Bd. 30

man dann] jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei. Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polen und der Erbeutung der Bergfeste des Kaukasus durch Rußland zusahen; die ungeheueren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“

Ein anderes Beispiel für die Außenpolitik Lenins nach der Oktoberrevolution im Sinne dieser Ausführungen von Karl Marx ist in einem kurzen Bericht der *Prawda* über den Besuch des afghanischen Außerordentlichen Gesandten Mohammed Wali Khan am 14. 10. 1919 in Moskau dokumentiert: „Gen. Lenin empfing den Gesandten in seinem Arbeitszimmer mit den Worten: ‚Ich freue mich sehr, einen Vertreter des uns freundschaftlich gesinnten afghanischen Volkes, das Schweres zu ertragen hat und gegen das imperialistische Joch kämpft, in der roten Metropole der Arbeiter- und Bauern-Regierung zu begrüßen.‘ Der Gesandte erwiderte hierauf: ‚Ich reiche ihnen die Freundeshand und hoffe, daß Sie dem gesamten Osten helfen werden, sich vom Joch des europäischen Imperialismus zu befreien.‘ In der sich daran anschließenden Unterhaltung sagte Gen. Lenin, die

Sowjetmacht, die Macht der Werktätigen und Unterdrückten, erstrebe gerade das, wovon der afghanische Außerordentliche Gesandte gesprochen habe, es sei aber notwendig, daß der mohammedanische Osten dies versteht und Sowjetrußland in dem großen Befreiungskrieg hilft. Der Gesandte entgegnete darauf, er könne versichern, daß der mohammedanische Osten dies verstanden habe und die Stunde nicht mehr fern sei, da die ganze Welt sehen wird, daß für den europäischen Imperialismus im Osten kein Platz ist. Der Gesandte erhob sich sodann und übergab Genossen Lenin ein Schreiben des Emirs mit den Worten: ‚Ich habe die Ehre, dem Oberhaupt der freien russischen proletarischen Regierung ein Schreiben meines Gebietes zu überreichen, und hoffe, daß das, was die afghanische Regierung mitzuteilen hat, die Aufmerksamkeit der Sowjetmacht auf sich ziehen wird.‘ Gen. Lenin antwortete, daß er das Schreiben mit tiefer Befriedigung entgegennehme und verspreche, alle Afghanistan interessierenden Fragen bald zu beantworten.“

Die damals von Lenin noch nicht als System, sondern als konkrete Handlung beschriebene und den Frieden sichernde Politik des jungen sozialistischen Russlands fand ihre erste internationale Verbreitung, als der Begriff *Friedliche Koexistenz* am 10. April 1922 auf der Konferenz von Genua vom Leiter der sowjetischen Delegation, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin, propagiert wurde. „Auf dem Standpunkt der Grundsätze des Kommunismus beharrend“ vertrat Tschitscherin, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten für den allgemeinen Wiederaufbau notwendig sei. Dazu biete die gegenwärtige geschichtliche Epoche „die Möglichkeit einer parallelen Koexistenz zwischen der alten und der entstehenden neuen Ordnung.“

Diese Politik hielt die Sowjetunion bis Anfang 1939 bei und brach mit ihr deutlich erkennbar erst im September 1939. Was ihr bis dahin viel Achtung und eben ein friedliches Umfeld sicherte, wurde dann durch die Hegemonial- und Großmachtspolitik Stalins – die Teilung Polens mit den deutschen Faschisten, der Winterkrieg gegen Finnland, die Eingliederung der baltischen Staaten in die

SU – in kürzester Zeit liquidiert und wirft seine negative Ausstrahlung wegen ihrer grundsätzlichen Fortsetzung unter Chruschtschow und Breschnew bis in unsere Tage.

In den 1950er Jahren gab es dann einen wirklich neuen Ansatz für die Sicherung eines friedvollen und achtenden Umgangs der Staaten auf der Erde miteinander. Nicht zufällig waren es primär ehemalige Kolonialländer – Indien und ein rückständiges sozialistisches China – von deren Führungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz vereinbart wurden. Mit dem indisch-chinesischen Vertrag über Tibet 1954 legten beide Staaten die fünf Prinzipien (der Vorschlag dazu ging von Nehru aus) fest, die ihre Beziehungen regeln sollten und im Laufe der Zeit weltweit als Richtlinie anerkannt wurden.

Auf der kurz danach in Bandung auf Westjava durchgeführten ersten Konferenz blockfreier Staaten wurden eben diese Prinzipien verabschiedet und als Richtschnur angenommen. In Bandung hatten sich vom 18. – 24. April 1955 auf Einladung des Staatsgründers Indonesiens, Sukarno, Staatschefs vor allem afrikanischer und asiatischer Staaten versammelt, darunter Tschou Enlai (China), Jawaharlal Nehru (Indien), Jossip Tito (Jugoslawien), Gamal Abdel Nasser (Ägypten), Kwame Nkrumah (Ghana) und Ho Chi Minh (Vietnam). Die Teilnehmer verabschiedeten eine 10-Punkte „Erklärung zur Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit“. Darin waren die „fünf Säulen“ der chinesisch-indischen Beziehungen enthalten:

1. Gegenseitige Achtung anderer Staaten und ihrer territorialen Integrität und Souveränität,
2. gegenseitiger Gewaltverzicht und Nichtangriff,
3. Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten⁴,
4. Gleichberechtigung und gemeinsamer Nutzen,
5. friedliche Koexistenz.

Hier kann nicht die weitere Verbreitung der Bandung-Erklärung und speziell der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz – etwa im Rahmen der UN – ausführlich behandelt werden. Aber es dürfte klar sein, dass ihre Missachtung vor allem durch die Großmächte des kapitalistischen Imperialismus, aber auch immer wieder

4– Schon im Jahre 1908 von Lenin als Richtlinie benannt

durch die UdSSR und selbst durch kleinere Staaten (z.B. Indien-Pakistan, Irak-Kuweit) zu globalen, großen und regionalen Konflikten und Kriegen geführt hat und führen wird. Das Einfordern dieser Prinzipien muss daher zentrale und kompromisslose Aufgabe und Politik aller Kommunisten – ganz und nur so im Sinne Lenins – sein. Das Ringen um ihre Einhaltung und Beachtung (nicht in Worten, sondern in Taten), um wirkliche demokratischen Umgang der Staaten miteinander ist wesentlicher anti-imperialistischer Kampf auf zwischenstaatlicher Ebene und entscheidender Teil jeglicher Friedenspolitik. Alle heutigen und früheren Krisen, Kämpfe und Kriege zwischen Staaten sind die „lebendigen“ Beweise.

Ein Teil der deutschen Linken nimmt allerdings diesbezüglich eine prinzipienlose Haltung ein. Das zeigt die immer noch weit verbreitete Haltung, den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 zu verharmlosen und zu rechtfertigen. Es zeigt sich aber auch im Fall des aktuellen Ukraine-Konfliktes, wenn zwar völlig zu Recht und zwingend die Einmischungen dort von EU und USA verurteilt und bekämpft wird, die Einmischungen der Russischen Föderation jedoch (fast) schweigend übergangen werden. Sogar die Erklärung von Ministerpräsident Medwedew Ende Mai 2014, dass man der Ukraine keine Zusicherung ihrer territorialen Integrität gebe – womit er den Vertrag von 1994 mit der Ukraine zur dortigen Atomwaffenvernichtung de facto zerriss, in dem genau diese Integrität seitens der Atommächte garantiert wurde – führte nirgendwo zu besonderen Protesterklärungen (die jW etwa tat damals die Meldung mit einem kommentarlosen fünfzeiligen Hinweis ab).

Die Entwicklung der Staatenbildung der menschlichen Gesellschaft auf der Erde ist natürlich nicht von der Entwicklung der Klassengesellschaft und des feudalen, sowie des kapitalistischen Imperialismus zu trennen. Aber ein zweites strukturell wirkendes Element bei der Herausbildung der modernen Staaten ist gleichfalls untrennbar damit verbunden: die Nationalitäten, Nationen. Es ist offensichtlich, dass dieses Element zwar im Kapitalismus eine besondere Gestaltung erfahren hat, seine Grundlage aber unabhängig davon gene-

tisch, kulturell und gemeinschaftlich existenziell gebildet wird.

Als Nation und Nationalität bezeichnet man menschliche Gemeinschaften, deren wichtigstes verbindendes Merkmal eine gemeinsame Verkehrssprache bildet, die ein gemeinsam organisiertes Wirtschaftsleben, eine gemeinsame Kultur, Traditionen und Gebräuche in einem zusammenhängenden Lebensraum über längere Zeit verbunden hat. Als Vorformen kann man sicher auch die Stämme (etwa der Indianer in Amerika, oder der Ureinwohner Afrikas) betrachten. Es sei nicht verschwiegen, dass sich diese begriffliche Festlegung eng an der Stalins von 1913 orientiert, die von Lenin geschätzt wurde.

Wichtig für unser Thema ist, dass sich die geschichtliche Bildung und Veränderung der Nationen und Nationalitäten – wie die gesamte Entwicklung der Klassengesellschaften – ungleichmäßig und fast ausnahmslos nicht in Übereinstimmung mit der Staatenbildung vollzog.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Europa, vor allem im 19. Jahrhundert, entstand die Notwendigkeit, einen möglichst großen Warenmarkt aufzubauen, in dem die Kapitalisten sowohl hinreichend Kapital, als auch – und in diesem Zusammenhang besonders wichtig – hinreichend bewegliche Arbeitskräfte einsetzen, organisieren und ausnutzen konnten. Wenn auch die feudalen Reiche jeweils die Grundlage dieser Entwicklung waren, war doch die sprachliche Gemeinschaft ein dabei alles entscheidendes Element für Geschwindigkeit und territoriale Ausdehnung dieser Bildung von Nationalstaaten – also der Staaten, in denen eine Nation oder Nationalität die Führung und damit die Klassenherrschaft an sich riss. England, Frankreich waren die Ersten, Deutschland, Italien, das Russische Reich u.a. folgten.

In anderen Teilen der Erde waren die Ausgangspunkte der Staatenbildung und die Rolle der vorhandenen Nationalitäten dabei davon sehr verschieden. Und in nicht wenigen Staaten der Welt sind die Prozesse der Bildung von ganzstaatlichen Nationen kaum oder immer noch nicht abgeschlossen oder gar nicht abzusehen: denken wir an die Bildung

der USA und Kanadas, an China mit 56 verschiedenen Nationalitäten, an Indien und seine Volksgruppen mit über 40 Sprachen, an die lateinamerikanischen Staaten – etwa Brasilien oder Bolivien – wo die indianische Urbevölkerung immer noch um einen gleichberechtigten Platz im Staat kämpft oder an die noch gar nicht abzusehende Verschmelzung der afrikanischen Nation mit der Nation der weißen früheren Kolonisten, ganz zu schweigen von Palästina.

Es gab und gibt bis heute praktisch nirgendwo auf der Erde einen Staat, in dem ausschließlich nur eine einzige Nation oder Nationalität existiert, auch wenn neben der herrschenden manchmal nur kleine oder kleinste Nationalitäten vorhanden sind (Deutschland: Sorben und Dänen). Selbst in den USA gibt es noch die marginalisierten und unterdrückten Reste der Indianer, in Australien die gleichfalls an den Rand gedrückten Ureinwohner, und in fast allen Staaten Mittel- und Lateinamerikas sieht es nicht anders aus.

Daraus ergab sich von Anfang an der Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Staaten zwischen der herrschenden und der/den beherrschten Nation(en) bzw. Nationalitäten, und mit der imperialistischen Phase des Kapitalismus dann zusätzlich der zwischenstaatliche Konflikt mit den Nationen und Nationalitäten in anderen Staaten – besonders in den beiden Weltkriegen und in den Kolonialkriegen der europäischen kapitalistischen Staaten in aller Welt. Der Kapitalismus war nicht in der Lage, solche Widersprüche anders, als durch Gewalt und die Macht des Stärkeren zu lösen. Die sozialistische und kommunistische Bewegung stellte sich dem stets entgegen, formulierte aber erstmals 1896 als ihre Gegenstrategie das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“.

In der betreffenden Resolution des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896 heißt es: *„Der Kongress erklärt, dass er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der*



klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“⁵

In den Debatten um diese Resolution ging es ganz konkret um die Frage des Selbstbestimmungsrechts der polnischen Nation einschließlich des Rechtes auf Bildung eines unabhängigen Staates. Seit jener Zeit haben besonders die russischen Sozialdemokraten und Lenin sich vehement für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eingesetzt. Die Auseinandersetzung wurde bis kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges immer wieder mit den polnischen Sozialdemokraten um Rosa Luxemburg geführt, dann jedoch zentral gegen die Sozialchauvinisten, die sich auf die Seite ihrer imperialistischen Kriegsführungen schlugen.

Im Jahre 1914 formuliert Lenin in ‚Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘: „Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen. Das ist ‚unpraktisch‘ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische

und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage. Anerkennung des Rechts auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostrennung unter einem Gesichtspunkt, der jede Rechtsungleichheit, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.“⁶

Für Lenin war die Frage des Umgangs der Nationen und Nationalitäten nicht nur ein Aspekt der Entwicklung bürgerlich beherrschter Staaten, sondern eine Kernfrage der Demokratie: eine Nation, die unterdrückt wird, kann sich nicht sozial befreien; eine Nation, die andere Nationen (Nationalitäten) unterdrückt, kann sicherlich keine sozialistische Emanzipation erfahren und für sich verwirklichen. Und er erklärte ergänzend in der zuvor zitierten Schrift: „Es wäre grundfalsch zu denken, daß der Kampf um die Demokratie das Proletariat von der sozialistischen Revolution ablenken kann. Umgekehrt, so wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die volle Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann sich auch das Proletariat, das nicht einen allseitigen, konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“

Für ein volles Verständnis der Haltung Lenins in dieser Frage gehört, dass seine Ausarbeitung von 1914 (und ebenso die spätere von 1916) den Schwerpunkt auf die Begründung der Politik der Sozialde-

mokratischen Arbeiterpartei Russlands (der Bolschewiki) hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen legt. Damals galt das Zarenreich unter allen Demokraten und Linken als „Völkergefängnis“, das sich vor allem in den Randgebieten des Zarenreichs befand – von Finnland über das Baltikum, Polen, die Ukraine und die kaukasischen Gebiete bis hin zu den Territorien der Usbeken, Tadschiken, Mongolen. Alles Nationalitäten, die gewaltsam erobert und ins Zarenreich eingegliedert worden waren. Für die damalige russische Sozialdemokratie sah Lenin die Beseitigung dieser nationalen Unterdrückung und den Kampf gegen die russischen Herrschaftsansprüche gegenüber den anderen Nationalitäten – „dem Kampf auf Leben und Tod gegen den großrussischen Chauvinismus“ - als Kernfrage demokratischer (s.o.) und sozialistischer Politik an:

„Rußland ist ein Staat mit einem nationalen Zentrum: dem großrussischen. Die Großrussen bewohnen ein riesiges zusammenhängendes Territorium, und ihre Zahl erreicht ungefähr 70 Millionen. Die Besonderheit dieses nationalen Staates ist: 1. daß die ‚Fremdstämmigen‘ (die in ihrer Gesamtheit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen: 57%) gerade in den Randgebieten leben; 2. daß die Unterdrückung dieser Fremdstämmigen bei weitem stärker ist als in den Nachbarstaaten (und dabei nicht nur in den europäischen); 3. daß in einer ganzen Reihe von Fällen die in den Randgebieten lebenden unterdrückten Nationalitäten jenseits der Grenze ihre Stammesbrüder haben, die eine größere nationale Unabhängigkeit genießen (es genügt, allein an die West-

5– nach Lenins „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Lenin Werke Bd. 20

6– „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Lenin Werke Bd. 20

und Südgrenzen des Landes zu erinnern: an die Finnen, Schweden, Polen, Ukrainer, Rumänen); 4. daß die Entwicklung des Kapitalismus und das allgemeine Kulturniveau in den ‚fremdstämmigen‘ Randgebieten häufig höher ist als im Zentrum des Landes. Schließlich sehen wir, daß gerade in den asiatischen Nachbarstaaten die Periode der bürgerlichen Revolutionen und nationalen Bewegungen begonnen hat, die teilweise auf die stammerwandten Nationalitäten in den Grenzen Rußlands übergreifen. Somit sind es gerade die historischen konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der gegenwärtigen Epoche zu einem besonders dringenden Erfordernis machen.“⁷

Und ernst gemeint konnte das für die russischen Sozialdemokraten aus Lenins Sicht nur sein, wenn es die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung der Nationen vom „zaristischen Völkergefängnis“ ohne „Wenn und Aber“ beinhaltete. Für Lenin ergab sich aus der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen jedoch nicht, dass es unbedingt gleichermaßen eine Forderung in den Programmen der betroffenen „Gefängnisinsassen“ sein oder ohne Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Bedingungen mit einer Spaltung oder Teilung eines Staates verbunden werden musste. Das Recht auf Selbstbestimmung verglich er mit dem Recht auf Scheidung einer Ehe, die auch nicht immer notwendig oder die beste Lösung bestehender Konflikte sei. War eine Scheidung jedoch von einer Seite gewünscht, so sollte sie in jedem Fall demokratisch und friedlich erfolgen und niemals mit einer Frontstellung der Arbeiterklassen und Werktätigen der betroffenen Parteien oder ihrer Aufhetzung gegeneinander verbunden sein.

„Für das Proletariat aber ist das Erstarken seiner Klasse gegenüber der Bourgeoisie, die Erziehung der Massen im Geiste der konsequenten Demokratie und des Sozialismus wichtig. ... Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es [das Proletariat] die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes der Arbeiter wer-

tet.“ Dementsprechend hob Lenin die friedliche Abspaltung Norwegens vom Königreich Schweden im Jahre 1905 als Vorbild hervor. Es ist offensichtlich, dass separatistische Kriege (es geht hier nicht um anti-imperialistische Befreiungskriege z. B. in den früheren Kolonialreichen!) unter diesen Maßstäben die schlechteste und deswegen grundsätzlich abzulehnende Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen darstellen.

Ebenso wenig war für Lenin die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts einer Nation als „Teil einer imperialistischen Intrige“ oder im Rahmen eines imperialistischen Machtkampfes der Unterstützung würdig. So war er etwa vehement und grundsätzlich (und gegen Rosa Luxemburg) für das Recht der Polen auf Lostrennung aus dem Zarenreich, befürwortete seine Umsetzung aber nicht in der Anfangsphase des Ersten Weltkriegs, weil Polen da nur ein Spielball und Opfer der beiden Imperien Deutschland und Russland sein konnte. Eingangs wies ich schon darauf hin, dass er nach der Oktoberrevolution jedoch ganz konsequent und konkret und „ohne Wenn und Aber“ Finnland und den baltischen Staaten die Eigenstaatlichkeit zugestand. Gleiches galt wenig später für Polen. Die Anerkennung deren Rechts auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit hing für Lenin dabei überhaupt nicht davon ab, ob diese Nationen bürgerlich beherrscht oder von Kommunisten geführt würden.

Selbst nach den militärischen Niederlagen von 1919/20 gegen Polens bürgerlich geführte Kräfte betonte er: „Wir aber sagen den Genossen in Polen, dass wir Polens Freiheit ebenso wie die jedes anderen Volkes achten. Und der russische Arbeiter und Bauer, der unter dem Joch des Zarismus geschmachtet hat, weiß sehr wohl, was für ein Joch das war. Wir wissen, dass es das größte Verbrechen war, Polen unter das deutsche, österreichische und russische Kapital aufzuteilen, dass diese Teilung das polnische Volk zu langjähriger Knechtschaft verurteilte. Damals galt der Gebrauch der Muttersprache als Verbrechen, und das ganze polnische Volk wurde in dem einen Gedanken erzogen – sich von die-

sem dreifachen Joch zu befreien. Deshalb verstehen wir den Hass, der die Seele des Polen erfüllt. Und wir sagen ihnen, dass wir die Grenze, an der unsere Truppen jetzt stehen – und sie stehen weit entfernt von den Gebieten mit polnischer Bevölkerung – niemals überschreiten werden. Wir schlagen einen Frieden auf dieser Grundlage vor, weil wir wissen, dass das für Polen eine große Errungenschaft wäre. Wir wollen keinen Krieg wegen territorialer Grenzen, weil wir die verfluchte Vergangenheit, wo jeder Großrusse als Unterdrücker galt, auslöschen wollen.“⁸

Natürlich war dies nicht nur eine Garantie an die polnischen Arbeiter und Werktätigen, sondern für die ganze polnische Nation und ihren neuen bürgerlich beherrschten Staat. Stalin war es vorbehalten, dieses Versprechen Lenins im September 1939 zu brechen.

Rosa Luxemburg fand bis zu ihrer Ermordung keine Übereinstimmung mit Lenins Auffassung und Politik in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. So erklärte sie noch nach der Oktoberrevolution: „... bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande [handelt es sich] ... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik, während das famose ‚Selbstbestimmungsrecht‘ der Nationen nichts als kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.“ (RL: Die Russische Revolution)

Und ebenda formulierte sie: „Umgekehrt als die Bolschewiki es erwarteten, ... benutzte eine nach der anderen der [befreiten] ‚Nationen‘ die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbinden und unter seinem Schutze die Fahne der Konterrevolution nach Rußland selbst zu tragen. ... Freilich sind es nicht die ‚Nationen‘, die jene reaktionäre Politik betätigen, sondern nur die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen. ... die das nationale Selbstbestimmungsrecht zu einem Werkzeug ihrer konterrevolutionären Klassenpolitik verkehrten. Aber ... darin liegt eben der utopisch-kleinbürgerliche Charakter dieser nationalistischen Phrase, daß sie in der rauhen Wirklichkeit der Klassengesellschaft ... sich einfach in ein Mittel der bürgerlichen Klassengesell-

7– „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Kapitel 3; Lenin Werke Bd. 20

8– „Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongress der werktätigen Kosaken“ am 1. März 1920; Lenin Werke Bd. 30

schaft verwandelt... Den Bolschewiken war es beschieden, mit der Phrase von der ‚Selbstbestimmung der Nationen‘ Wasser auf die Mühlen der Konterrevolution zu liefern und damit eine Ideologie nicht nur für die Erdrosselung der russischen Revolution selbst, sondern für die geplante konterrevolutionäre Liquidierung des ganzen Weltkrieges zu liefern.“

In der Junius-Broschüre (1915 im Gefängnis geschrieben) schrieb sie: „Solange kapitalistische Staaten bestehen, namentlich solange die imperialistische Weltpolitik das innere und äußere Leben der Staaten bestimmt und gestaltet, hat das nationale Selbstbestimmungsrecht mit ihrer Praxis im Kriege wie im Frieden nicht das geringste gemein. (...) In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen. (...) In dem heutigen imperialistischen Milieu kann es überhaupt keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben, und jede sozialistische Politik, die von diesem bestimmten historischen Niveau absieht, die sich mitten im Weltstrudel nur von den isolierten Gesichtspunkten eines Landes leiten läßt, ist von vornherein auf Sand gebaut.“⁹

Für Luxemburg war die „Nationale Frage“ im Grunde mit der Herausbildung der europäischen Nationalstaaten beendet. Lenin wies dagegen darauf hin, dass nicht nur der Kampf gegen den Imperialismus in den Kolonien und versklavten Ländern der Dritten Welt ganz wesentlich und unlösbar mit dem Kampf für das demokratische Recht der Selbstbestimmung verbunden sei: „Nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich. ... Jeder Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Die Fortsetzung der Politik der nationalen Befreiung in den Kolonien werden zwangsläufig nationale Kriege der Kolonien gegen den Imperialismus sein.“¹⁰ Wer denkt dabei nicht heute sofort an den Koreakrieg, an den Vietnamkrieg, an die Kriege in Portugals Kolonien Angola und Mozambique, an Palästina usw.

Lenin wies ferner in der gleichen Antwort auf Rosa Luxemburg nach, dass es selbst im imperialistischen Europa noch nationale Befreiungskriege geben könne: „Ein nationaler Krieg kann in einen imperialistischen Umschlagen und umgekehrt ... man kann ein solches Umschlagen nicht für unmöglich erklären: wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete; wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne, z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges, in den Sozialismus überzugehen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas um einige Jahrzehnte.“ Ein beeindruckender Weitblick, der die Größe Lenins widerspiegelt. Waren nicht genau die anti-faschistischen Kriege gegen Hitler-Deutschland solche nationalen Befreiungskriege? In der SU hieß der Abwehrkrieg ja – völlig zu Recht – „Großer Vaterländischer Krieg“. Und das gilt natürlich ebenso für alle anderen Staaten in Europa bis auf Deutschland, Italien, Spanien und die Schweiz.

Ein Verbleiben bei diesem historischen Beispiel und dem Leninschen Hinweis auf das dialektische „Umschlagen“ von Prozessen gibt uns Gelegenheit, die europäische Entwicklung nach 1945 unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, dass die beiden größten Siegermächte – die USA und die SU – danach eine Politik der Hegemonie über ihre jeweilig befreiten und besetzten Gebiete – sprich: über die dortigen Nationalstaaten – betrieben.

Die USA nutzten ihren Besatzungsbereich umgehend nach 1945 aus, um dort unter anti-kommunistischem Vorzeichen Politik und Wirtschaft zu kontrollieren und eine Militärallianz unter ihrer Führung auf- und auszubauen. Nur Frankreich setzte sich dem unter De Gaulle zeitweise und partiell entgegen. Das alles ist gut bekannt. Die SU nutzte

ihre militärischen Erfolge und die heißen Wünschen großer Teile der Bevölkerungen nach tiefem Bruch mit der früheren faschistischen Herrschaft aus, um – Ausnahme Österreich – in den besetzten Gebieten den Aufbau der sozialistischen Systeme nach dem eigenen Muster und mit ausschließlich ihr ergebenden Kräften (ganz besonders dominant in Polen) aufzubauen und die Staaten an ihrer Westgrenze hegemonial in allen grundlegenden Fragestellungen (nicht nur den sicherheitspolitischen) zu kontrollieren.

Dabei blieben die großrussisch-nationalistischen Verbrechen Stalins – Teilung Polens¹¹, Krieg gegen Finnland, Annexion der baltischen Staaten, Vertreibungs- und Umsiedlungsmaßnahmen in diesem Bereich, aber auch die brutale Politik der Requirierungen Anfang der 1930er Jahre in der Ukraine, der 2 bis 3 Millionen Ukraine zum Opfer fielen – in den Köpfen und Herzen der Betroffenen und ihrer Kinder bewahrt und wurden nach 1990 wieder aktiv im politischen Leben dieser Länder. Schlimmer – wenn auch aus gleicher Quelle kommend – dass in den Jahren zwischen 1945 und 1990 alle wichtigeren Eigenentscheidungen der in diesem Machtbereich liegenden Länder und Nationen von Moskau aus hegemonial kontrolliert und überwacht wurden und der dortigen Genehmigung bedurften. Die Besetzung der Tschechoslowakei 1968 und die Einsetzung eines moskaufreundlichen Regimes waren die extreme Zuspitzung dieser Politik. Nur Jugoslawien und später Rumänien haben sich dem widersetzt und entziehen können.

Noch einmal zurück zum Recht auf Selbstbestimmung und zur Los-trennung aus einem bestehenden Staat. Wie schon ausgeführt, sind nach Lenins Sicht die Kommunisten durchaus nicht dafür, dieses Recht stets und ohne Berücksichtigung auf die jeweiligen Bedingungen einzufordern, sondern nur, wenn es tatsächlicher nationaler Befreiung, einem Vorankommen der sozialen Befreiung in den betroffenen Staaten, dem demokratischen Umgang der Nationen und Nationalitäten dient, nicht aber, wenn es z. B. „im Rahmen einer imperialistischen Intrige“ eingefordert und betrieben wird, wie er einmal anmerkte. Bei diesem Hinweis könnte

9– „Die Krise der Sozialdemokratie - VII. Invasion und Klassenkampf“

10– „Über die Junius-Broschüre“, Juli 1916, Lenin Werke Bd. 22

11– In diesen Zusammenhang gehört auch die widerrechtliche Liquidierung der KP Polens 1938 und die Liquidierung der polnischen Militärführung und Soldaten im April 1940 (Katyn u.a.)

man an die jetzigen Ereignisse in der Ostukraine denken, aber das beste Beispiel dürfte wohl das der Zerschlagung Jugoslawiens durch NATO, EU und USA sein, von der Abspaltung Sloweniens bis hin zur Abtrennung des Kosovo. Auch die Bildung des Südsudans kann man als Beispiel ansehen.

Dagegen stützt sich der schwelende Versuch, Schottland aus Großbritannien auszugliedern, zwar immer noch auf Gefühle der nationalen Unterdrückung seit der Liquidierung der schottischen Clan-Herrschaft von etwa 200 Jahren durch die Engländer, aber eine wirkliche Notwendigkeit für schottische Eigenstaatlichkeit außer der Befriedigung von lokalen Kleinkönigsinteressen dürfte es im Sinne der Kriterien Lenins nicht geben, mir scheint die gleiche Aussage auch für das Baskenland (und Katalonien) zutreffend.

Das Beispiel Schottlands oder der „jugoslawischen Kleinstaaten“ gibt zudem Anlass, daran festzuhalten, dass wir Kommunisten – mit Lenin – solche Staatenbildung grundsätzlich ablehnen sollten. Denn unter heutigen Bedingungen werden sie nur zu Spielbällen der imperialistischen Großmächte. Deutlich zu sehen an dem Stimmengewicht der Kleinstaaten in der EU im EU-Ministerrat:

Anzeige



Paris, Nizza, Brüssel, London, Manchester, Berlin: Ein aktuelles Thema. Ein Rückblick zeigt aber auch: Terrorismus ist nicht islamisch. Was ist Terrorismus?

Terrorismus

Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Deutschland – 16 %, dagegen Litauen, Lettland, Slowenien, Luxemburg, Estland, Zypern, Malta – alle unter 1%.

Die derzeitigen Konflikte auf der Erde zeigen uns, dass die Frage des Umgangs der Nationen und Nationalitäten weiter aktuell ist und viel Geschehen dominiert. Warum ist das so? Eine gute komprimierte Begründung lieferte 2008 in den Marxistischen Blättern Walter Schmidt: „Nationen formieren sich in der Regel durch eine Verschmelzung von ethnischen und sozialen Komponenten in einem langen historischen Prozess [besonders] seit der Herausbildung des Kapitalismus mit der bürgerlichen Umwälzung der Gesellschaften. Die Gesamtheit der ethnischen Merkmale und Eigenschaften, was wir als Nationalität bezeichnet haben (Herkunft, Sprache, Sitten, Gebräuche und Lebensgewohnheiten), hat weit in vorkapitalistische Zeiten, oft bis in die Urgesellschaft zurückreichende Wurzeln und besitzt daher eine außerordentlich starke Traditionskraft. Die ethnischen Komponenten sind objektive, sicher modifizierbare, aber weithin unzerstörbare Faktoren für den Zusammenhalt von großen Menschengruppen. Einer bestimmten Nationalität anzugehören ist kein Verdienst, das ist einfach gegeben, da wird man hineingeboren und erzogen durch die unmittelbare Umwelt, in der man lebt. Und dieses Erbe, das man so mitbekommt, ist nicht einfach auszulöschen.“

Und man muss hinzufügen: Jeder Angriff auf eine Nationalität als Gesamtheit ist daher ein existenzieller Angriff auf die betroffenen Menschen – bei rassistischen Angriffen ist das ganz offenbar – und erzeugt entsprechend heftige „nationalistische“ Gegenwehr. Eine Gegenwehr, die vom Zusammenschluss der Arbeiterklassen und der werktätigen ausgebeuteten Schichten aller Nationen und Nationalitäten gegen Kapitalismus und Imperialismus – auch in seinem heutigen, neuesten Entwicklungsstadium – abhält und die Bildung und den Zusammenschluss von demokratischen Gegenkräften über die Grenzen von Nationen, Nationalitäten und Staaten hinweg verhindern wird.

Deswegen müssen die Kommunisten als Teil ihres Klassenkampfes jeder nationalen Unterdrückung entschieden entgegnetreten. Im Umgang der Nationen gilt nämlich insbesondere, was Lenin in seinen letzten Tagen dazu formulierte: „Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, dass es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.“

Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu. (...) Deshalb muss der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten „großen“ Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur in dem Sinne, wie ein Dershimorda¹² groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt.“¹³

Manches wäre noch zu ergänzen und konnte hier nicht vertieft werden, was in den Zusammenhang gehört. Es mag in weiteren Analysen behandelt werden. In jedem Fall ist es unerlässlich, den entschlossenen und verzweifelten Kampf, den Lenin in seinen letzten beiden Lebensjahren gerade im Hinblick auf den Umgang mit anderen Nationen bei der Gründung der Sowjetunion – letztlich erfolglos - gegen Stalin foht, im Detail nachzuvollziehen und zu kennen. Nur wer dieses Geschehen in der Tiefe studiert hat, kann verstehen, wo der Prozess, der um 1990 mit der Zerstörung des osteuropäischen sozialistischen Systems endete, tatsächlich begann.

Mai 2017 - UVJT

12– Auf Deutsch: „Halt die Schnauze“, ein brüllender, schlägernder Polizist in Gogols Revisor

13– „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“, 30./31. Dez. 1922, Lenin Werke Bd. 36

Kernthemen aktueller Kritischer Ökonomie



Wenn die Eigner von Kapital maximale Gewinnerwartung anstreben, lassen irgendwann die Bruttoinvestitionen in Maschinen, Rohstoffe und Personal, d.h. reales Anlagekapital, nach. Nicht reinvestierbare Gewinne suchen ihre weitere Vermehrung und fließen auf die Finanzmärkte. Der Kreislauf ohne Ende von höheren Gewinnen und anhaltender Beschäftigung von Arbeitskräften ist nicht durchzuhalten; die ausbleibende Nachfrage nach dem Produktionszuwachs verringert die Profiterwartung und kann in eine Krise auslaufen, solange nicht über staatliche Einflußnahme ein Ausgabenprogramm neuerliche zusätzliche Nachfrage hervorruft. Der antizyklische Eingriff kann die konjunkturelle Entwicklung stabilisieren. Aber selbst der Übergang in einen sogenannten „selbsttragenden“ Aufschwung geht irgendwann in einen erlahmenden Abschwung über und erfordert weitere stimulierende Eingriffe.

Dieser Grundmechanismus einer sich erweiternden kapitalistischen Akkumulation bildet den argumentativen Ausgangspunkt dieser nun in der zweiten Auflage erscheinenden Darstellung des aktuellen Krisenkapitalismus in der EU-Zone. Dem Verfasser geht es um die Vermittlung essentieller Grundkenntnisse des ak-

tuell wirksamen EU-Kapitalismus unter kritischer Wertung aus der Sicht keynesianisch orientierter Nachfragepolitik und er gruppiert daher seinen Text entlang von Akkumulationsbedingungen und deren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Ursachen der Staatsverschuldung. Ein kuzer Abriss verdeutlicht die besondere Entwicklung des bundesdeutschen Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg und vermag somit den wirtschaftspolitischen Paradigmawechsel zum Neoliberalismus im Übergang zu den 1980er Jahren nachvollziehbar herauszustellen. Die in Folge zunehmende ungleiche Entwicklung von (Lohn-) Einkommen und Vermögen mündeten in eine bis heute unausgestandene Finanz- und Wirtschaftskrise, der die herrschende bürgerliche Politik nur mit verfehlten Mitteln zu begegnen sucht, ohne jedoch politische Kräfte auf den Plan zu rufen, die es besser könnten. Breiter angelegte tiefere Kenntnis des gängigen Akkumulationsregimes bleiben dafür Voraussetzung, um eine klassenpolitische Wende zugunsten der arbeitenden Bevölkerung herbeizuführen.

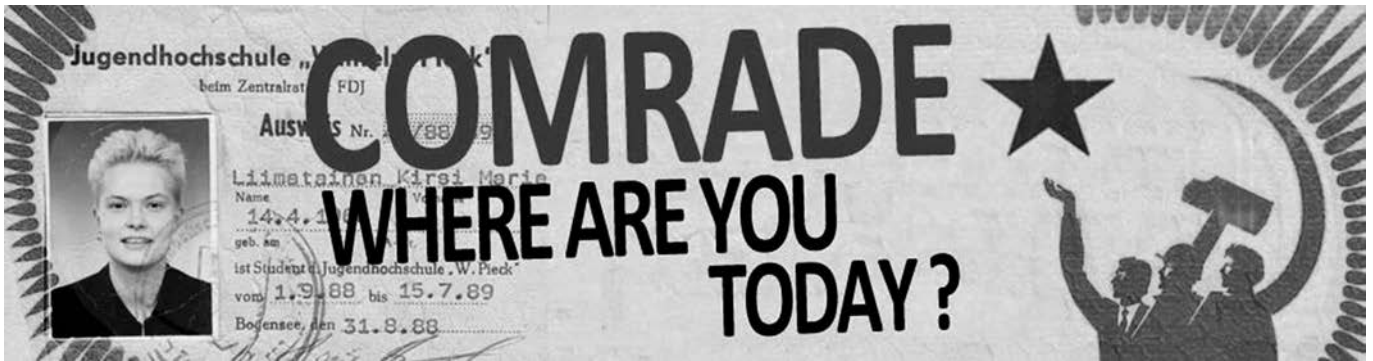
Der Übergang zur gesellschaftlich-massenhaft verrichteten Lohnarbeit unter dem Kommando von Kapitalisten, die aus ihrem angelegten Kapital ein Mehrprodukt, mehr Kapital erzielen wollen und müssen, ist inzwischen unbefragte Realität und wird als solche sozusagen „naturgegeben“ akzeptiert. Die gesellschaftliche Reproduktion findet darin eine neue widersprüchliche Form: Aus der eigentumsrechtlichen Trennung von lohnabhängig Beschäftigten und den von ihnen genutzten Produktionsmitteln der Kapitalisten erfolgt die Aufspaltung des monetär verwandelten Endprodukts in Arbeits- und Besitzeinkommen. Trotz höherer Konsumquote der Lohnarbeit enteilt auf Dauer über das Mehrprodukt die Größe des Besitzeinkommens, was private Einkommenshöhe und die Verfügung über Anlagekapital betrifft. Allein in Deutschland entfallen inzwischen auf annähernd neunzig

Prozent der Bevölkerung nur zwei Drittel des Volkseinkommens, hingegen ein Drittel dieser 2,4 Billionen Euro in jetziger Verfügung des vornehmlich oberen Teils der restlichen zehn Prozent verbleibt. Die Tendenz zur Kapitalkonzentration über den Weg der Unternehmensfusion wirkt gleichzeitig ungebrochen, sodass wachsende Marktmacht mit Nachfragemacht gegenüber kleineren Zulieferern einhergeht. „Im Laufe der Zeit werden sich auch die internationalen Märkte immer mehr verengen und so wird die momentane Wettbewerbszunahme wieder erlahmen. Schließlich kommt es zur Herausbildung enger internationaler Oligopole, die als supranationale Giganten die Weltmärkte beherrschen“.

Eine Umkehrung dieser Grundzüge der Ökonomie allein im Bereich der Europäischen Union könnte mit täglicher Arbeitszeitverkürzung, Schuldenschnitten für hoffnungslose Staatshaushalte, steuerlicher Abschöpfung großer Vermögen und rigoroser Einschnürung der Spekulation auf den Finanzmärkten begegnet werden. Doch fehlt dazu die breite gesellschaftliche Einsicht und eine daraus erwachsende bewußte hegemonial-politische Kraft, um das berechnete gesellschaftliche Interesse gegen das momentan vorherrschende „große Geld“ zur Geltung zu bringen. Ohne Kenntnis der ökonomischen Triebkräfte bleibt eine politische Linke hilflos. Allein dieser Grundlagentext mit seinen beweiskräftigen Tabellen und Schaubildern, so von möglichst vielen Interessierten gelesen, immunisiert nicht nur gegen hohle Gerechtigkeitsphrasen, sondern schärft den Blick auf den aufzuhebenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung des Mehrprodukts.

Heinz J. Bontrup,
Krisenkapitalismus und EU-Verfall,
 Köln, PapyRossa Verlag, 2. erweiterte
 Auflage 2016, 264 Seiten, 17,90 Euro

Der Traum der Revolution



Lost Places nennt man solche verlassenen Orte wohl. Die einst einmal Geschichte machten wie die ehemalige Internationale Jugendhochschule *Wilhelm Pieck* der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR. Jetzt hat eine frühere Studentin aus den späten 1980er Jahren, die Finnin Kirsi Liimatainen (*1968), ihren damaligen Studienort mit der Kamera wiederbesucht und ist in Bolivien, Chile, im Libanon und in Südafrika den Spuren ehemaliger KommilitonInnen aus jener Zeit nachgegangen, die sie zu Wort kommen lässt, was aus ihren Idealen und Zielen geworden, was davon übrig geblieben ist und sie noch weiter umtreibt. Herausgekommen ist eine „Liebeserklärung an den Sozialismus. Nicht an dessen Praxis wohlge-merkt, sondern an die Idee dahinter...“, urteilt *Kino-Zeit.de*. Und *mdr-Artour* schreibt: „Beeindruckender und berührender Dokumentarfilm frei von Nostalgie über Menschen, die gescheitert sind, aber nicht aufgegeben haben.“ Die finnische Filmemacherin war von Anfang September 1988 bis Mitte Juli 1989 selbst als Studentin da. Normalerweise blieben die 500 StudentInnen für ein ganzes Jahr. Es waren die letzten Semester bis zum Fall der Mauer.

Ein unrühmliches Ende nahm mit der Wende 1989/90 der reale staatsbürokratische Sozialismus in der DDR und im Ostblock. Auch für die Elite-Hochschule für sozialistische StudentInnen aus über 80 Ländern der Welt kam damit das Aus. Geblieben ist der verwaiste und heute z. T. von Gras, Büschen und Bäumen überwucherte, weitläufige Gebäudekomplex auf Fußballfeld großer Fläche, versteckt im Wald am Bogensee, etwa 15 km nördlich von Berlin

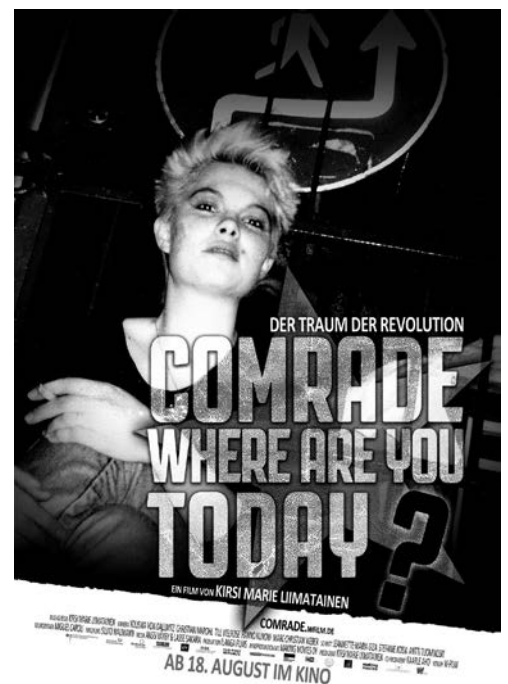
auf der Gemarkung Lanke-Wandlitz. Den idyllischen Ort hatte sich schon Reichspropagandaminister Goebbels ausgesucht für seinen Wohnsitz im Einrichtungsstil von Hitlers Alpenhof am Obersalzberg. Nach 1945 wurden dort zu DDR-Zeiten die künftigen jungen Funktionäre kommunistischer und sozialistischer Parteien, Organisationen und Bewegungen, BefreiungskämpferInnen und linken AktivistInnen, ideologisch auf Marxismus-Leninismus geschult und eingeschworen. Von Nicaraguas Sandinisten bis zu Arafats PLO-Jugend, von jungen Afghanen, Vietnamesen und Militanten von Angolas MPLA bis zu Mandelas rebellischer ANC-Jugend. Mit den Hoffnungen auf eine bessere, gerechtere Welt, auf Völkerfreundschaft und gelebte Solidarität, nicht zuletzt im Kampf und Sieg für die Weltrevolution. Auch die westdeutsche DKP schickte „avisierte“ junge Delegierte an den geheimen Ort.

Der Film rührt sogar streckenweise an, wenn die Regisseurin auf ihrer Suche in Südafrika zu spät kommt, ihr damaliger Kommilitone bereits 2003 verstorben ist. Ein etwa 20-minütiger Bonus-track ergänzt den Inhalt um einen weiteren Besuch bei zwei einstigen Betreuerinnen einer Studiengruppe aus Nicaragua an der IJH. Es ist eine engagierte Sozialreportage, die zwischen Erinnerung, Gegenwart und ungewisser Zukunft der Aufgesuchten ganz aus sich selbst heraus lebt und spricht. Aus den vier von Liimatainen auf Deutsch behutsam erzählten und unaufdringlich kommentierten individuellen Geschichten, Bil-

dern, Eindrücken und Aussagen unverbogener wacher Menschen. Dass der Bezug die damals gemeinsame Studienzeit an der *Wilhelm Pieck*, wie man die Schule nur kurz nannte, ist, tritt dabei eher in den Hintergrund. Das ist auch gut so, denn diese hatte ihre Geschichte. Die, die uns im Film begegnen, stehen aber noch mitten in ihrem aktiven Leben. Bewertung: Besonders wertvoll. Sehenswert. Der Film ist als DVD im Handel erhältlich.

EK/HB, 15.4.2017

“Comrade, where are you today?” - Der Traum der Revolution. Was aus einer internationalen ideologischen Schulungsstätte und ihren StudentInnen wurde. Dokumentarfilm. Regie: Kirsi Liimatainen. D/FI 2016. 112 Min., OmU. Vertrieb: Lighthouse.



Zum Tod von Theodor Bergmann

Ein aufrechter Mensch

Dann fangen wir eben noch mal von vorne an.

Ein Nachruf auf Theodor Bergmann

Bis kurz vor seinem Tod rief mich Theodor in unregelmäßigen Abständen an und sagte: »Bernd, wann hast du Zeit, wir müssen einiges miteinander bereden«. Dann trafen wir uns meistens bei mir in Stuttgart. Bis zu seinem 100. Lebensjahr kam er größtenteils mit der Straßenbahn und mit dem Bus. Ich kochte uns was zum Mittagessen, und wir redeten: über die Weltpolitik, seine letzte Reise nach China oder über aktuelle Fragen der Politik der Linkspartei, über die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Er schickte mir noch vor wenigen Wochen sein aktuelles Buch über China. Das Land und seine Entwicklung hatten ihn in den letzten zehn bis 15 Jahren seines Lebens besonders interessiert und fasziniert. »Ich möchte herausfinden, was es an Alternativen zum Kapitalismus gibt. Ich glaube nicht, dass sie dort den Kapitalismus wiederherstellen«, sagte er dann.

Egal, ob Kuba, Vietnam oder China, es war ein Teil seiner Suche nach Ansätzen, jenseits des Kapitalismus und jenseits des gescheiterten Sowjet-Sozialismus eine andere Gesellschaft aufzubauen. Michail Gorbatschow war für ihn kein Verräter, eher jemand, der zu spät gekommen war. Dafür rechnet er umso klarer und kompromissloser mit dem Stalinismus und seinen verheerenden Folgen für die kommunistische Bewegung ab. In dem Buch »Ketzer im Kommunismus« biografierte Theodor Bergmann so unterschiedliche Kommunisten wie Nikolai Bucharin und Leo Trotzki. Er wollte deutlich machen, dass es andere Wege als den Stalinismus gegeben hätte und dieser keinesfalls geschichtlich determiniert war.

Diese Einstellung und Haltung war ganz in der eigenen Lebensgeschichte angelegt. Der 1916 in einer jüdischen Familie geborene Theo-

dor Bergmann schloss sich Anfang der dreißiger Jahre der von August Thalheimer und Heinrich Brandler gegründeten KPD-Opposition an (KPO). Diese wichtigste Strömung innerhalb der Kommunistischen Partei hatte früh die Gefahr des heraufziehenden Faschismus erkannt und die damals in der KPD vorherrschende Sozialfaschismustheorie kritisiert. Nach dieser Doktrin der KPD würde der Faschismus schnell wieder verschwinden. Die größere Gefahr wären die Sozialdemokraten, die in Wirklichkeit Sozialfaschisten wären. Die KPO forderte statt dessen die Herstellung einer Einheitsfront zwischen KPD und SPD gegen den heraufziehenden Faschismus. Außerdem kritisierte die KPO die Herausbildung eigener Gewerkschaften der KPD, der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Tatsächlich konnten die RGO-Gewerkschaften weniger Streiks auf die Beine stellen als die vermeintlich verräterischen ADGB-Gewerkschaften.

Diese strategisch falsche Politik der KPD war maßgeblich verursacht durch die stalinistische Vereinheitlichung und Unterordnung der kommunistischen Parteien unter die Komintern. Die KPO verzichtete weitgehend auf eine klare Bewertung des Stalinismus in der Sowjetunion, kritisierte aber immer, die Einmischung der KPdSU in die inneren Angelegenheiten der KPD und anderer kommunistischer Parteien sowie die Einschränkung innerparteilicher Demokratie und die Unterdrückung offener Diskussionen.

Theodor Bergmann musste 1933 wie viele seiner Genossinnen und Genossen emigrieren und landete nach vielen Stationen in Schweden im Exil. Er arbeitete in der Führung der Exil-KPO. Nach 1945 wurde die Gruppe Arbeiterpolitik die Nachfolgeorganisation der KPO und Theodor Bergmann Redakteur ihrer gleichnamigen Zeitschrift. Es ist mir nie so

ganz klargeworden, warum er sich mit der Gruppe überwarf und gleichzeitig mit seinem Bruder Josef Bergmann, ein charismatischer Kommunist, der in Hamburg wirkte. Ein Grund war wohl die Palästina-Frage. Erst kurz vor dem Tod seines Bruders hatte er sich nach vielen, vielen Jahren wieder mit ihm getroffen.

Theodor studierte Agrarwissenschaften und wurde 1973 Professor an der Universität Stuttgart Hohenheim. In den neunziger Jahren trat er der PDS bei und wurde in Baden-Württemberg deren Landesvorsitzender. 2007 wurde er Mitglied der Partei Die Linke. Neben seinen vielen Publikationen und Studienreisen blieb er bis zu seinem Tod ein wachsender und engagierter Zeitgenosse. Für die Politik der Gewerkschaften interessierte er sich sehr, besonders für die Bewegungen an der Basis. Für die Politik der Führungen hatte er wenig übrig. Wie der über 90jährige die vielen Streikversammlungen der jungen Verkäuferinnen bei H&M und andere beim öffentlichen Dienst besuchte und offensichtlich große Freude daran hatte, war schon bewundernswert. Erstaunlich, welche Faszination Theodor auf junge politisch interessierte Menschen ausübte. Seine ungebrochene Persönlichkeit und sein fast grenzenloser Optimismus strahlten aus. Es beeindruckte, wenn er sagte, er wäre immer noch Kommunist, wenn auch ein kritischer. Wenn große Niederlagen zu verkraften waren, sagte er: »Dann fangen wir eben wieder von vorne an.« Nicht unerwähnt darf bleiben, dass Theodor über viele Jahre hinweg Gretel, seine kranke Ehefrau und politische Weggefährtin aufopferungsvoll pflegte.

Ein aufrechter Mensch, ein kritischer Kommunist, ein guter Ratgeber und Freund ist am Montag im hohen Alter von 101 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Es war ihm vergönnt, bis zum Ende seines Lebens geistig rege geblieben zu sein. Er hinterlässt 50 Bücher, zahlreiche weitere Veröffentlichungen und eine große Lücke. Wir werden Theodor Bergmann nicht vergessen.

Bernd Riexinger in: junge welt

16.06.2017

Anzeigen

Widerstand braucht Solidarität

Gegen den G20-Gipfel in Hamburg

Im Zuge des G20-Gipfels wird eine große Zahl an Fest- & Ingewahrsamnahmen, sowie Strafverfahren und Verurteilungen auf uns zukommen.

Damit die Betroffenen mit den finanziellen Folgen nicht alleine gelassen werden sind wir alle gefordert diese Kosten solidarisch zu teilen. Darum spendet! Werdet Mitglied in der Roten Hilfe!



ROTE HILFE E.V.
rote-hilfe.de/spenden
rote-hilfe.de/mitglied-werden

Rote Hilfe e.V.
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Stichwort: G20

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org



CHE

wäre bei uns Stifter

Che Guevara kämpfte nicht nur revolutionär für die Freiheit. Er meinte auch, dass es nicht reiche, die gesellschaftlichen Probleme zu benennen, es müssten auch die ökonomischen Ursachen behoben werden.

ethecon setzt genau hier an. Mit weltweiten Kampagnen und Aktionen. Für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Als Stiftung mit langem Atem. Weit über die heute lebenden Generationen hinaus.

ethecon ist eine Stiftung „von unten“ und braucht noch mehr SpenderInnen, Fördermitglieder und StifterInnen. Zustiftungen sind bereits mit kleinen monatlichen Raten möglich.

Und Sie?

Zustiftungen sind bereits mit kleinen Beträgen möglich.
Jetzt kostenfrei Infos anfordern.

- Bitte schickt mir weitere Informationen (kostenfrei).
- Ich werde Fördermitglied mit (mind. 60 € jährl.) €
Der Beitrag soll in gleichen Raten eingezogen werden
 monatl. viertelj. halbjährl. jährl. €
- Ich spende der Stiftung ethecon €
- Ich werde Stifter/in bei ethecon
 Einmalzahlung (mind. 5 Tsd. €) €
 Ratenzahlung monatlich (mind. 20 €) €
(in beiden Fällen ist eine zusätzl. Fördermitgliedschaft erforderlich)

Bitte deutlich schreiben:

Name, Vorname		Alter
Straße, Nummer		PLZ, Ort
Telefon		Geldinstitut
IBAN		BIC
E-Mail		Datum, Unterschrift



ethecon
Stiftung Ethik & Ökonomie

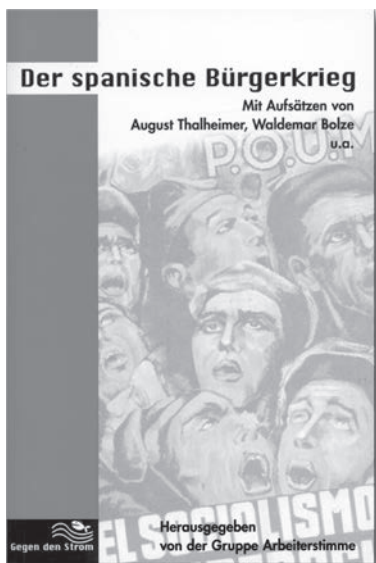
Schweidnitzer Straße 41 . D-40231 Düsseldorf . Fon 0211 – 26 11 210
Fax 0211 – 26 11 220 . eMail info@ethecon.org . facebook/ethecon

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

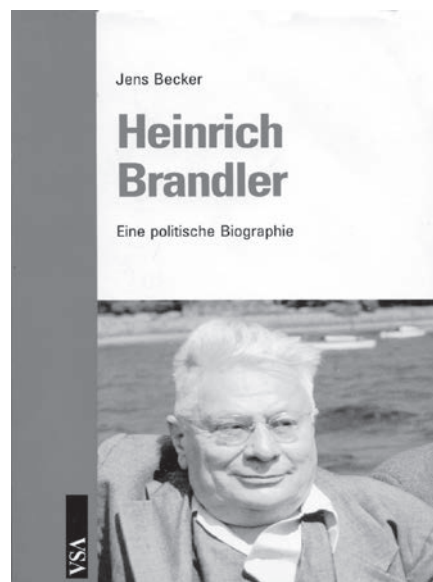
ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme



510 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-767-4

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
 zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9**



624 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
 redaktion@arbeiterstimme.org